

Ded.
15 //

178

W. F.
2219.

Deed. 15ⁿ



Uebersicht zum Gegenbericht,

in Sachen

sämtlicher Diaconen der lutherischen Domgemeinde
und Verwalter ihres St. Petri Waisenhauses zu
Bremen, Imploranten und Appellanten,

wider

den Senat der Reichsstadt Bremen, Imploraten
und Appellaten.

von

Doctor Friedrich Dietz,



Wetzlar im März 1805.

„On dit à un magistrat: *Honore les bornes*, que
la loi met à ton pouvoir, afin que tu puisses
l'exercer ^{d'autant} plus librement.“

(Tiré du discours prononcé par le Landamman à
l'ouverture de la diète à Berne).

Der Privatmann, welcher vor dem höhern Richter gegen seine Obrigkeit auftritt, hat schon deswegen eine schwerere Aufgabe zu lösen, und mehrere Schwierigkeiten wegzuräumen, als der Bürger gegen Bürger. Um so mehr kann er wohl erwarten, daß seine Gerechtsame, seine Beschwerden, mit Aufmerksamkeit einer scharfen richterlichen Prüfung unterworfen werden. Einer solchen Hoffnung ganz zu vertrauen, haben nun die Diaconen diesen, und den besondern Grund, daß diese Sache von größerem und allgemeinerem Interesse ist, als andere Privatsachen, daß daher auch das höchstpreisliche Reichskammergericht durch die, im Decret vom 16ten Januar 1804, zugleich mit dem Schreiben um Bericht erkannte Temporalinhibition schon deutlich zu erkennen gab, wie sehr höchstdasselbe ihre Gerechtsame und Beschwerden einer scharfen Aufmerksamkeit und Prüfung würdigte, und ferner würdigen werde.

Feststellung des Gesichtspunkts zur Beurtheilung
des Berichts.

§. 1.

Jedes positive Institut fodert, zur Beurtheilung seines rechtlichen Verhältnisses, nothwendig eine richtige Kenntniss seiner Geschichte, als der einzig reinen Quelle.

Dem ruhigen Blick des juristisch Denkenden kann nun nicht entgehen, dass das rechtliche Verhältniss des St. Petri Waisenhauses dies um so mehr verlangt, je eigener und individueller es ist. Daher kann nur eine scharfe, aus der Special-Geschichte desselben gebildete, Anschauung seiner Entstehung und Fortbildung einen festen Grund zu einer genauen und richtigen Beurtheilung darüber geben. Es nach dem allgemeinen Leisten gewöhnlicher öffentlicher Anstalten, gewöhnlicher Waisenhäuser, und des ganz uneingeschränkten Einflusses der Obrigkeit, der damit verbunden seyn kann, beurtheilen, raubt ihm also seine rechtliche Individualität, verdirbt den Kern der Eigenheit seines Rechtsverhältnisses, und muss zu groben Unrichtigkeiten, zur Verletzung der Gerechtsame führen, welche das fernere un-

gestörte Bestehen dieses eigenthümlichen Rechtsverhältnisses fordern.

Die historische Entstehung und Fortbildung des St. Petri Waisenhauses, und die ächte Individualität seines Rechtsverhältnisses, in *ihrem ganzen Zusammenhange*, dem höchstpreislichen Reichskammergericht klar vorzulegen, war der einzige Zweck, der bei höchstdemselben überreichten Druckschrift: „Ueberblick und Gesichtspunct, der Appellationssache der Diaconen etc., (1) weil in den frühern Vorträgen der Diaconen, wegen der Urkunden, die erst nach und nach sich auffanden, nur Bruchstücke, kein Ganzes, geliefert werden konnten. Diese Druckschrift verfolgt die Geschichte des St. Petri Waisenhauses, von dem ersten Punct bis zu den neusten Begebenheiten, in einem zusammenhängenden chronologischen und systematischen Gange, und führt zugleich durch eng verbundene Schlussfolgerungen einen strengen juristischen Beweis, wodurch die Gerechtsame und Beschwerden der Diaconen begründet werden.

Der Senat, wenn er es in seinem Berichte unternehmen wollte, die Beschwerden der Diaconen als ungegründet darzulegen, hätte nothwendig einen eben so strengen Gegenbeweis führen,

(1) Sie ist die Anlage L. des Actenstocks.

er hätte bestimmt jeden einzelnen Punkt der Geschichte, oder der streng rechtlichen Folgerungen daraus, wo diesseits eine Unrichtigkeit begangen worden, aufweisen, und dadurch eine neue Schlussfolgerung aufführen müssen, welche die Rechtlichkeit seines Verfahrens zu begründen im Stand gewesen wäre. Nur so hätte er die diesseits festgefügte Begründung der Beschwerden trennen, und ihre rechtliche Würckung vernichten können. Allein da dies, nach der innern Lage der Sache, dem Senat unmöglich war, so gieng er auch, weit davon entfernt, in seinem Bericht gar nicht auf jene Begründung ein, griff keinen einzigen Thatumstand der Geschichte als unwahr an, wies keinen einzigen Hauptpunkt der Schlussfolgerungen als unrichtig auf. Er, der Senat, fand es dagegen in seinem voluminösen Berichte räthlicher, sich über das ganze, hieher nicht gehörige, kirchliche Verhältniß der Domgemeinde zu verbreiten, dasselbe in diese Sache hineinzuziehen, und mit ihr zu vermengen; dann eine Menge *allgemeiner*, und in ihrer *Allgemeinheit*, in der *Theorie*, vielleicht richtiger Grundsätze des Rechts und der Politik einzumischen, wodurch für den, welcher mit Sachkenntnis den Bericht ruhig durchschaut, das Bestreben deutlich genug hervorleuchtet, den Kern der Eigenheit des St. Petri Waiseninstituts zu zer-

drücken, sein individuelles Rechtsverhältniß zu verwischen, und so die gänzliche *Unanwendbarkeit* jener allgemeinen Grundsätze dem Richter-
 auge zu entrücken und unsichtbar zu machen. Vielleicht täuschte sich der Senat selbst, ohne sich dieses Strebens genau bewußt zu werden, wie man gern zu seiner Entschuldigung annehmen will, und trübte sich dadurch den reinen Blick, den man diesseits durch das Licht der Special-Geschichte zu eröffnen und zu erhellen suchte.

Doch dem sey wie ihm wolle; es kann nur auf die innere Lage der Sache selbst ankommen: alles Fremdartige wird man also vermeiden, und weist es bloß mit allgemeinem Widerspruch ab. Ob nun gleich die Rechte der Domgemeinde und ihrer Diaconen, und deren rechtliche Qualität, welche hier in Betrachtung kommen, in den von dieser Seite schon dargethanen Thatumständen der bloßen documentirten Geschichte des St. Petri Waisenhauses hinlänglich begründet und anerkannt sind, und die darauf gebaute Deduction und Rechtfertigung ihrer Beschwerden, wie ein Fels, feststeht, an welchem die Scheinargumente des Berichts, aus hieher nicht gehörigen unpassenden Sätzen der Geschichte und des Rechts hergezogen, von selbst scheitern müssen, so scheut man sich doch diesseits keineswegs, auch in die frühere kirchliche Geschichte der Domgemeinde

und deren Rechtsfolgen, vor und nach der Entstehung des St. Petri Waisenhauses, specieller einzugehen, sie zur Aufklärung jedes gegentheiligen Scheins darzustellen und zu documentiren, jedoch, um nicht ganz unnützer Ausschweifungen, wie der Bericht, sich zu Schulden kommen zu lassen, nur in ihren Hauptmomenten, und nur so weit, als sie wenigstens in einem entfernteren Bezug mit dieser Sache stehen. Dadurch wird sich die Begründung der diesseitigen Gerechtsame und Beschwerden aufs neue bestätigen, ja verstärken, und mit Leichtigkeit und Evidenz die Widerlegung der einzelnen Haupt-Scheinargumente des Berichts hervortreten; wobey man aber aller kleinlichen und unpassenden Einwürfe und Scheingründe des Senats, die, gegen die diesseits vorgebrachten Thatsachen gehalten, ihren Unwerth gleich an der Stirne tragen, gar nicht zu achten, auch die Paragraphen, welche überhaupt irrelevant sind, mit Stillschweigen zu übergehen gedenkt.

Hierdurch ist der Gesichtspunct, aus welchem der Bericht zu beurtheilen ist, festgestellt, und zugleich der Gang, welchen die Widerlegung desselben nehmen wird, angegeben.

Einige Hauptmomente der Geschichte des kirchlichen
Verhältnisses der Domgemeinde und ihrer
Rechtsfolgen.

§. 2.

Die Geschichte vor dem Stader Vergleich
(1639), so sehr günstige Resultate sie auch für
manche Gerechtsame der Domgemeinde enthält,
die freylich der Senat unberührt liefs, gehört
auch nicht entfernt zu dieser Sache. Man geht
daher gleich zur Geschichte dieses Vergleichs fort.

— Hiernach fallen die Paragraphen 5 bis 7 incl. Wider
des Berichts weg. —

§. 5 —
7. d. B.

§. 3.

Die Lutheraner zu Bremen waren, noch wäh-
rend des ersten und zweiten Jahrzehnds des drey-
sigjährigen Kriegs, aller Religionsübung durch
die Reformirten beraubt, als ihnen ein Retter
und mächtiger Beschützer ihres Glaubens erschien.

Der Bremische Ertzbischof Friedrich, ein Kö-
niglich Dänischer Prinz war es, welcher, gerührt
durch den factisch erlittenen Druck seiner Glau-
bensgenossen, den so lange verschlossenen Dom,
seine Cathedralkirche, dem evangelisch-lutheri-
schen Gottesdienste öffnete, und zwey lutheri-
sche Prediger einsetzte (Sept. 1633.).

Er achtete dabey weder der unrechtlichen Re-

monstrationen und Protestationen des Rathes, noch der unchristlichen Verbote an seine Bürger. Der Rath zu Bremen hatte zwar alle Thüren und Zugänge der Kirche mit Soldaten besetzen und versperren lassen; allein die Lutheraner strömten dennoch mit Sehnsucht herzu, drangen durch die Soldaten, die sie selbst durch den Kreutzzug der Domkirche, also auf *erzbischöflichem* Grund und Boden, mit Picken verfolgten, und erfreuten sich der Predigt lutherischer Lehrer, erfüllt von danckbarem Gemüth gegen Erzbischof Friedrich.

Es erschienen hierbey Scenen, durch die allein mächtige reformirte Parthey im Senat bewerkstelligt, welche der christliche Menschenfreund in der Geschichte Bremens nie zu erblicken ahndet, und wenn er sie erblickt, gewiss gerne durch edlere und christlichere Handlungen des gegenwärtigen Senats verwischt wünschte. Man übergeht sie aus Schonung (2).

Allein gegen alles Sträuben des Senats war Erzbischof Friedrich mit dem festesten Entschlusse, den evangelisch-lutherischen Gottesdienst wieder aufzurichten, gerüstet. Der Senat, welcher sah,

(2) Als einen Beleg hiezu findet man ein damals öffentlich erschienenenes Rathsproclam in der Schrift des Dompredigers Nicolai: „über den Zustand der Domgemeinde etc.“ 1803. S. 168. u. f.

dafs sein heftiges Widerstreben nichts half, fand sich endlich zu einem Vergleich geneigt.

§. 4.

Hierauf wurde, am 4ten Oct. 1639, zwischen dem Erzbischof Friedrich und dem reformirten Rath und Gemeinde der Stadt Bremen, ein förmlicher *Vergleich zu Stade* abgeschlossen, von dessen Instrument der Senat seinem Bericht eine Abschrift (in Anlage 2.) beigefügt hat. Es enthält folgende wörtliche Stelle:

„Nachdem zwischen Ihro fürstl. Gnaden, dem Herrn Erzbischofen zu Bremen etc., dann Burgermeister, Rath und Gemeind der Stadt Bremen, wegen des exercitii Lutheranae religionis in der Thumbkirchen zu Bremen Irrungen und Mißverständnissen erwachsen, so seind solche Streitigkeiten dahin bestendig und unwiderruflick verglichen und vertragen, dafs Burgermeister, Rath und Gemeind der Stadt Bremen, vor sich und ihre Nachkommen am Rath, das Thumb-Capitul und ihre, der lutherischen Religion zugethane Bürger, Einwohner und andere sich zu Bremen aufhaltende (3), in dem freien Exercitio der

B 2

(3) Das heisst offenbar: *alle Lutheraner zu Bremen.*

von Chur und Fürsten a. 1530 übergebenen August. confessionis et Lutheranae religionis, und Gebrauch der heiligen Sacramenten und andern luther. Ceremonien in dem Thumb, und auf begebende Nothfälle in ihren Häusern hinführo gänzlich unturbiret und unbeträgt lassen, und denselben daran einige Hindernis *nimmermehr* zufügen, noch dieselben wegen des exercitii lutherani im geringsten prägraviren wollen noch sollen“ (4).

§. 5.

Die *rechtlichen Wirkungen* dieses Vergleichs, und dadurch bestimmten *Rechte* sind klar.

Es ist bedungen und garantirt: *freie öffentliche Religionsübung in der Domkirche für alle Lutheraner zu Bremen.*

Dies als Zweck bedungen, sind auch *nothwendig alle rechtliche Mittel*, zur Erreichung und

(4) Der weitere Inhalt des Vergleichs, z. B. die vom Erzhischof abbedungene Beschränkung, daß der Domkirche kein jus parochiale, d. h. kein Zwangsrecht gegen die Lutheraner in Bremen zustehen solle, und einige andere Beschränkungen, gehören, wie von selbst einleuchtet, gar nicht zu dieser Sache. Deswegen bedarf der §. 9. des Berichts jetzt keiner speciellen Widerlegung. Zu seiner Zeit auch davon.

Fortdauer dieses Zwecks für sämtliche Lutheraner zu Bremen, bedungen und gesichert.

Als *Mittel* stellen sich nun dar: die förmliche Einrichtung des Gottesdienstes, durch Bestellung von geistlichen Lehrern, und andern dazu nöthigen Officialen; die Errichtung von Bildungsanstalten, Schulen, ohne welche der Gottesdienst nicht gehörig benutzt werden kann; die Bestimmung des dazu erforderlichen Fonds; also überhaupt die Errichtung einer ganzen Religions-Anstalt, woran sich auch milde Stiftungen anschließen können. Ferner zeigt sich als Mittel: die Vereinigung aller Glieder, also *aller* Lutheraner zu Bremen, für welche der Zweck der freyen öffentlichen Religionsübung garantirt ist, um gemeinsam diesen Zweck zu erreichen, und alle zu seiner Realisirung noch etwa erforderliche Lasten gemeinsam zu tragen, auch ihre Rechte auf seine beständige Fortdauer gemeinsam zu vertheidigen und zu erhalten; mithin die Vereinigung aller Lutheraner zu einer kirchlichen *Gemeine*, die sich von den reformirten Gemeinen zu Bremen unterscheidet. Und da ein kleiner Ausschuss ihrer Mitglieder bey den meisten Vorgängen, statt ihrer aufzutreten und zu handeln, hinreichend und allein zweckmäfsig ist, so stellt sich auch das Hervortreten einiger Glieder aus ihrer Mitte, als ihrer Vorsteher oder Repräsentanten, Stell-

vertreter, (Diaconen), als nothwendiges und würdiges Mittel dar, welches mitgarantirt ist.

Dies alles zusammenhängend mit der Domkirche, als dem erhabendsten Versammlungsort und äusseren Mittelpunkt der ganzen lutherischen Religionsanstalt. Da nun die Domkirche und die ganze Religionsanstalt bloß unter dem Schutz und der Landeshoheit des Erzbischofs, (nachher der an seine Stelle tretenden Fürsten) steht und stehen muß, so erhellet hieraus zugleich der Nexus, in welchen *alle* Lutheraner zu Bremen, als solche, als kirchliche Gemeinde, nicht als Bürger, nicht in politischer, sondern nur in religiöser Hinsicht kommen, und kommen müssen. Ferner erhellet hieraus, daß alles, was diese Landeshoheit in Hinsicht der Religionsanstalt, ohne dabey wider den Stader Vergleich anzustoßen, festsetzt und anerkennt, von Jedem Dritten, mithin auch vom Senat, anerkannt und unturbirt gelassen werden muß.

Wider — Hierdurch, so wie auch durch die historischen Belege der folgenden Paragraphen, erhalten §. 8. u. 9. d. B. die Paragraphen 8. und 9. des Berichts, dessen vermeintliche Grundlage, ihre nähere Bestimmung, und somit zugleich ihre Widerlegung (S. Note 4.). —

§. 6.

Die *Geschichte nach dem Stader Vergleich* bezeugt die Richtigkeit und öffentliche Anerkennung der im vorigen Paragraphen deducirten rechtlichen Wirkungen jenes Vergleichs; sie bezeugt die Realisirung und öffentliche Anerkennung des garantirten Zwecks und aller Mittel zu seiner Erreichung.

Erzbischof Friederich richtete nemlich den Gottesdienst in der Domkirche, durch Bestellung einiger Prediger und anderer dazu nöthiger Officialen, wircklich und förmlich ein, errichtete Schulanstalten u. s. w., und legte also den Grund zu einer förmlichen und festen, an die Domkirche geknüpften, *evangelisch-lutherischen Religionsanstalt* zu Bremen, welche unter den folgenden, an des Erzbischofs Stelle getretenen, Fürsten aufs christlichste erhalten, mit fürstlicher Milde erweitert, vom Senat nicht turbirt wurde, und bis zu den neuesten Zeiten blos zum Genuß aller Lutheraner zu Bremen, der Domgemeinde, dem Stader Vergleich gemäs, ungestört fortbauerte.

§. 7.

Die genauere Ausführung der Geschichte, der Einrichtung, Erweiterung und Fortdauer dieser Religionsanstalt, mit ihren einzelnen Mitteln, gehört zwar streng genommen nicht zu dieser

Sache. Um indessen manche grobe Unrichtigkeiten, Verwirrungen und falsche Schlussfolgerungen des senatorischen Berichts desto auffallender zu zeigen, und jeden gegentheiligen Schein zu verscheuchen, wird man auch einige Hauptmomente dieser Geschichte darstellen und mit Documenten belegen, die freylich der Senat im Bericht unberührt liefs.

§. 8.

Zuerst von den *Dompredigern* einige Bemerkungen.

Bey Errichtung der Religionsanstalt wurden nur zwey geistliche Lehrer oder Domprediger bey der Domkirche angestellt, in der Folge sie aber auf vier vermehrt.

Der Hauptzweck ihrer Anstellung war einzig und allein auf die Domgemeinde zu Bremen gerichtet, um „der *evangelisch-lutherischen Gemeinde* daselbst den Weg zur Seligkeit getreulich „zu weisen, sie im Christenthum fleissig zu unterrichten, zu predigen, ihr die heiligen Sacramente zu administriren, daneben der *Gemeine* „mit gutem, unsträflichen Leben und Wandel „vorzugehen;“ wie die Domprediger-Bestallung wörtlich besagt (5).

(5) Sie ist vollständig abgedruckt in der citirten Schrift: über den Zustand der Domgemeinde etc. S. 144.

Die Domprediger erfüllten auch stets diese ihre einzige Hauptbestimmung getreulich, und lebten nur hauptsächlich für die Domgemeinde und mit ihr in enger Verbindung. Sie waren also wirklich die Prediger der Domgemeinde, *ihre* Prediger.

— Wie können nun die Domprediger für die Domgemeinde *fremde* Prediger seyn, und genannt werden, wie der Senat im §. 10. des Berichts geradezu behauptet? Wider §. 10. d. B.

Für solche so offenbar irrige Idee kann man ihn aber auch noch aus seiner eigenen, in §. 30. unter i. des Berichts vorkommenden Stelle widerlegen, wo er selbst das Gegentheil sagt:

„die durchgängig aus den hiesigen angesehensten lutherischen Kaufleuten (6) gewählten Diaconen mußten es gerne sehen, wenn *ihre* Prediger sich immer mehr in die „Inspection mischten.“

— Uebrigens gehört nicht zu dieser Sache: die Untersuchung der Gerechtsame der Domgemeinde in Hinsicht ihrer Domprediger, als solcher, und ob insbesondere dem Senat, nach der Uebertragung der Landeshoheit über die lutherische Re- Wider §. 30. l. f. d. B.

(6) Auch dies Geständniß im Bericht, welches übrigens notorisch ist, acceptirt man bestens.

ligionsanstalt an ihn, wirklich die Befugniss zugestanden habe, „die Prediger am Dom sofort gänzlich ihrer Dienste zu entlassen,“ wie er im §. 30. unter lit f. des Berichts behauptet, und sonderbar genug den §. 25. des jüngsten Reichsschlusses, vom 28. April 1803, hier in Anwendung bringen will. Zu seiner Zeit auch davon.

§. 9.

Ferner einige Beurkundung des *Fonds* der Religionsanstalt, des Domkirchenfonds.

Als Mittel war er schon ohnehin gesichert, aber auch noch ausdrücklich im Stader Vergleich garantirt, indem es darinn heisst:

„Es soll — — auch dasjenige, was der Thumbkirchen an freywilligen collectis eleemosinis, und andern milten Gaben zugewendet werden möchte, deroselben verbleiben.“

Schon Erzbischof Friederich und sein Domcapitel bestimmten einen Kirchenfonds dazu, nämlich die dem *Structurregister* inserirten Güter (7), welches auch nachher Grundlage blieb.

(7) Die Güter und Revenüen des Domcapitels waren nämlich in mehreren Registern aufgeführt, welche folgende Namen hatten:

- 1) Bremischen Doms Bursenregister.
- 2) Ministrationsregister.
- 3) Thumbprobsteyregister.

Im Jahr 1642 wurde sogar capitulariter deswegen beschlossen:

„dass alle, von der Zeit an, ledig oder vacant fallende Beneficien und Vicariate bey dem

C 2

4) Ottersbergisches Register.

5) Paulinerregister.

6) *Altes Structurregister*.

NB. 7) Cluvers Armenregister.

8) Der Armen in der Burgstrasse Register.

9) Thumbkapitularen Specialregister.

10) Intraden des alten und neuen Schlafhaufses, wie auch der Hebdomerey und Commendisten.

(M. s. Pratje Altes und Neues aus den Herzogthümern Bremen und Verden Bd. 2. S. 5. seqq.)

Das *alte Structurregister*, womit in der Folge auch die zwey ad *pias causas* bestimmte Register, unter N. 7. u. 8., vereinigt wurden, enthielt schon damals das *eigentliche Kirchengut* der Domkirche, zur Erhaltung der durch den Stader Vergleich garantirten Religionsanstalt bestimmt, woraus sich nachher die *Structur* bildete. Diesem Structurregister entgegengesetzt heissen alle übrigen Register unter N. 1. bis 5. und 9, 10.) *Domcapitelsregister*, welche die eigentliche oder weltliche *Domcapitelsgüter* enthielten, und woraus sich nachher die *Intendantur* bildete (M. s. Anlagen P. u. Q. zum Gegenbericht.).

hohen Stifft zur Kirche gezogen, die Schulkollegen pro Salario damit beneficirt, und was übrig dem *Structurregister* inserirt werden sollten“ (8).

Auch die seit dem Westphälischen Frieden an des Bremischen Erzbischofs Stelle getretene Schwedische Successoren, namentlich die Königin Christina und König Carl Gustav, erhielten diesen Fonds, wie manche Documente bezeugen. Doch man eilt zu ganz entscheidenden Thatsachen fort.

Die Königin Christina hatte auch die *Domcapitulsgüter* (nicht aber die *Structurgüter*, Note 7.) mit gröster Freigebigkeit durch Geschenke verschleudert. Daher setzte Carl XI. von Schweden, im Jahr 1680, ein Reductionscollegium nieder, welches auch die so verschleuderte Domcapitelsgüter zur Krone wieder zurückbringen sollte, und wirklich zurückbrachte. Es separirte nun streng die Güter und Revenüen, welche zur Erhaltung der lutherischen Religiousanstalt, also zum *Kirchenfonds* bestimmt waren. Sie wurden

(8) M. s. Joh. v. Hafseln Bericht von der Beschaffenheit des Kirchen-Etats beym Königlichen Dom zu Bremen im Jahre 1668; in Schlichthorsts Beiträgen zur älteren und neuern Geschichte der Herzogthümer Bremen und Verden. - Hannover 1796. Bd. 1. Num. III. §. 3. S. 184.

blos in dem einen *Structur-Register* aufgeführt, hießen deswegen *Structurgüter*, wurden von einem *Structuarius* verwaltet, und der Collectivname war: *Structur*. Von diesen Structurgütern wurden ganz getrennt die *Domcapitelsgüter*, d. h. alle Güter, welche nicht im Structurregister, sondern in den *Domcapitelsregistern* aufgeführt waren (9). Diese wurden als königliche frey disponible Domainen oder Kammergüter zuerst von einem Inspector, seit 1683 von einem königlichen *Intendanten* verwaltet, hießen deswegen auch *Intendanturgüter*, und der Collectiv-Name war: *Intendantur* (10).

— *Structur und Intendantur, Structurgüter und Domcapitels - oder Intendantur - Güter, Structurregister und Domcapitelsregister*, waren also ganz separirt, und einander gerade entgegengesetzt. Welche Verwirrung und Unrichtigkeit dagegen im §. 12. des Berichts! Doch davon unten das Nähere. —

König Carl XI. erlies nun folgende Verordnung, welche alles bestätigte und neu bekräftigte:

(9) M. s. Note 7.

(10) M. s. die officiellen Berichte zweyer Structuarien in den Anlagen P. und Q. zum Gegenbericht. Ferner: Beiträge zur Beurtheilung der kirchlichen etc. Rechte der lutherischen Bürger der R. St. Bremen etc. 1803. S. 51.

Wider
§. 12. d.
B.

„Ihrer Königl. Maytt. *Resolution* und *Verordnung* wegen des *Kirchen-Schul- und Structur-Stats* in denen Städten Bremen — — Gegeben Stockholm, den 11. Jul. anno 1685.“

„Ihre Königl. Maytt. haben aus des Canzler Pufendorffs — — Relationen — — ersehen und vernommen, wie dieselbe ihrer gehalten Instruction und Ordres gemäs, das *Kirchen- und Schulwesen*, wie auch den *Structurstat*, in — — Bremen — — eingerichtet und abgefaßt, und wie Ihro Königl. Maj. ein solch Hochnötiges und Löbliches Werck, so zu der ehre Gottes, zu erhaltung und Fortpflanzung der reuen evangelischen Religion, und zu erziehung der Jugend in wahrer Gottesfurcht, in freyen Künsten und Sprachen *geweiht* und angesehen ist, Ihro sorgfältig und sonders angelegen halten, also haben Sie zu desto mehrerer Bestätigung und Befestigung desselben sich folgendergestalt darüber gnädigst declariren und erklären wollen.“

1.

„Genehmen, *confirmiren* und *bestätigen* Ihro Königl. Maytt. den — — abgefaßten *Kirchen-Schull- und Structur-Stat* in — — Bremen — — dergestalt und also, das es bey dem von Ihro Königl. Maytt. unterschriebe-

nen Stat nicht allein pro anno 1685 — —
sondern auch *hinführo* dabey sein Bewenden
haben, und *solches* ein *beständiges*
und *perpetuelles Werck* sein und bleiben
solle, zu welchem Ende dann auch Ihro Kö-
nigliche Maytt. die in selbigem Stat aufge-
führte und verschlagene *Intraden* und *Mittel*
zu *solchem Werck* hiemit gnädigst wollen ge-
widmet und selbigem *beständig beyge-*
legt haben, welche durch *anderwärtige di-*
spositiones nicht mögen turbiret und geschnä-
lert, weniger davon gäntzlich entzogen und an-
derswohin verwandt werden.“ — — —

13.

„Damit nun dieses *Kirchen- und Schullwesen*,
und was dem anhängig, in richtigem Gang
und einer *ohnverrückten Tenor allwege erhal-*
ten werden mögen, wollen Ihro Königl.
Maytt. dafs es *hinführo ein Separat-Werck*
verbleibe.“ — — — — —

— — — — —

Carolus.

T. Pohlus. (11)

(11) Diese königliche Verordnung ist vollständig
abgedruckt in der kleinen Schrift: Ausführliche
Beurtheilung der kleinen Schriften einiger re-
formirten Prediger in Bremen etc. 1804. S. 53.
folg.

Wider — Diese Verordnung redet klar, und bedarf kei-
 §. 11. d. ner Auslegung. Und doch behauptet der Senat
 B. im §. 11. des Berichts so geradezu: es existire kein
 eigentliches Kirchengut bey der Domkirche! der
 Structuretat sey freydisponibles königliches Ei-
 genthum gewesen und geblieben! Aber er berührt
 auch diese Verordnung mit keiner Sylbe. —

Diese königliche Verordnung wurde auch
 fernerhin genau befolgt. Der Structuretat,
 Domkirchenfonds, blieb immer, seiner heiligen
 Bestimmung gemäs, ein *Separatwerck*, und wurde
 auf keine Weise mit den Domcapitels- oder In-
 tendantur-Gütern melirt, wie die officiellen Be-
 richte der zwey Structuarien Rehboom und Röh-
 ri, vom Jahre 1723, bezeugen (12).

Die Geschichte der spätern Zeit, da das Chur-
 haus Braunschweig-Lüneburg, vermöge des Stock-
 holmer Friedens, im Jahr 1719, die Herzogthü-
 mer Bremen und Verden von Schweden abgetre-
 ten erhielt, liefert neue Bestätigung und Bekräf-
 tigung hierzu. Es ist hinreichend aus ihr nur
 folgendes Rescript auszuheben, welches die Kö-
 niglich Kurfürstliche Regierung zu Stade, am 20.
 Sept. 1763, an den damaligen Superintendenten
 und die Prediger am Dom erliefs:

(12) Sie sind die Anlagen P. und Q. zum Gegen-
 bericht.

„Wir haben bis dahin angestanden, *der dasigen evangelischen Gemeinde* zu diesen ganz außerordentlichen Kirchendachsbaukosten — — eine Beyhülfe anzumuthen. — —

Nachdem aber nunmehr der Stadtvogt die Bewilligung — zu 4194 Rthlr. 16 gr. nachgesucht, so — — zweifeln (wir) daher nicht, die *dasige evangelische Gemeinde* werde bereit und willig seyn, der *Structur* beyzutreten.“ —

„Ihr werdet also mit den *Diaconis* überlegen (13), wie der Zuschuss von der *Gemeine* am füglichsten erfolgen könne.“ — —

„Ihr werdet den *Diaconis* dabey vorstellen, daß Se. Königl. Majt. nicht nur die *gesammten Structur-Einkünfte*, ohne davon das geringste zurückzubehalten, zur *Erhaltung der Domkirche und Schulen*, auch der *Prediger und Schulbedienten* u. s. w. gewidmet haben, sondern auch zur *Wiederaufhelfung* des in Verfall gerathenen *Structur-Etats*, der *Structur* über 17000 Rthlr., welche die Kammer der *Structur* vorgeschossen, in anno

(13) Auch hieraus ist die Anerkennung der Diacönen, als Vorsteher und Repräsentanten der Domgemeinde, von Seiten Churhannover, aufs neue ersichtlich.

1754 allergnädigst *geschenckt* worden“
(14).

Wider — Und doch soll kein Kirchengut bey der Dom-
§. 11. d. kirche existiren? Die *Structure*einkünfte sollen
B. frey-disponibles Königliches Eigenthum geblieben seyn? Welcher Contrast, wenn man solche geschichtswidrige Behauptung des Senats mit den wahrhaft Königlichen Gesinnungen und Dotirungen, welche die Geschichte von seinen Antecessoren in der Landeshoheit über die lutherische Religionsanstalt rühmt, vergleicht! —

Auch vermehrte und unterstützte die *Domgemeine* aus ihrem Privatvermögen, aufser den ausserordentlichen Beyhülfen, ordentlicher Weise den Structur- oder Domkirchen-Fonds durch vierjährlich in der Domkirche unter Aufsicht ihrer Diaconen angestellte Collecten, deren Beyträge größtentheils zum Besten der untern Kirchenofficianten verwandt, und die überschießenden Gelder sogar in die Structurcasse abgegeben wurden (15).

Die Domgemeine half also auch hierdurch gemeinsam an den Lasten der für sie errichteten Religionsanstalt tragen (§. 5.).

(14) Das ganze Rescript ist abgedruckt zu finden in der citirten Schrift: über den Zustand der Domgemeine etc. S. 78. folg.

(15) M. s. die in Note 10. cit. „Beyträge“ etc. S. 56.

— Die Ausführung der Rechte der Domgemeinde Wider an dem *Structur*- oder Kirchenfonds, und was sie §. 11. d. zu seiner Sicherung für die zukünftige Fortdauer B. ihrer Religionsanstalt rechtlich zu fordern habe, gehört gar nicht zu dieser Sache. Man wollte nur seine *Existenz* gegen die geschichtswidrigen irrigen Behauptungen und Folgerungen des Senats im §. 11. u. f. des Berichts rechtfertigen, und sein Verhältniß zu den Domcapitels- oder Intendantur-Gütern aufklären, um manche Verwechslungen und Irrungen des Senats, woraufersich hauptsächlich stützt, desto evidenter darzulegen. —

§. 10.

Schon als *Mittel* war die Vereinigung *aller* Lutheraner zu Bremen zu einer *kirchlichen Gemeinde*, mit bestimmten Rechten auf Versammlung in der Domkirche zur Erreichung des Zwecks einer freyen öffentlichen Religionsübung, durch den Stader Vergleich mitbedungen und garantirt (§. 5.); allein es zweifelte auch von jeher Niemand daran, und die Geschichte liefert daher viele hiermit übereinstimmende Anerkennnisse, wovon nur folgende zu berühren genügt.

Die steten Anerkennnisse von *Schweden* und *Churbraunschweig*, als Landeshoheiten der Religionsanstalt, die also *hauptsächlich hier entschei-*

den müssen, liegen schon klar genug in den im vorigen Paragraphen, und selbst in der Specialgeschichte des St. Petri Waisenhauses (im gedruckten „Ueberblick und Gesichtspunct etc.“ §. 3. bis 12. incl.) vorgetragenen Thatsachen und Urkunden, ferner in der, im folgenden Paragraphen unter N. 2. vorgelegten, Regierungs-Resolution vom Jahr 1724, wo von Schwedischer und Churbraunschweigischer Seite für die Domgemeine und mit ihr durch ihre Diaconen, ohne Widerspruch gehandelt, und sie auch ausdrücklich bald „*evangelisch-lutherische Gemeinde*“ bald „*Domgemeinde*“ genannt wurde.

Allein auch selbst von Seiten des *Senats* erfolgte nie ein Widerspruch deswegen, und es geschah die Anerkennung der Domgemeinde, als einer evangelisch-lutherischen Gemeinde, ohne das mindeste Bedenken. Ausser der hierfür redenden Anlage A. zum Memorial der Diaconen vom 12. Febr. 1803 (16), hebt man nur folgenden Beleg aus der Geschichte aus, welcher dies in jeder Hinsicht hinlänglich beweist.

Der Königlich Schwedische Gouverneur Graf Königsmarck und die Regierung zu Stade erliesen, am 7. Sept. 1660, ein officiellcs Schreiben an den Senat zu Bremen, erinnerten ihn an seine,

(16) Es ist die Anl. C. zum Gravat. Libell.

im Jahr 1654, in Rücksicht der Domgemeinde gethane Versprechungen, und verlangten deren Erfüllung (17). Der Rath antwortete darauf, am 17. Oct. 1660, in einem officiellen Antwortschreiben:

„Was Ew. Hochgräfl. Excell. Gestr. Herrl. und die Herrn, wegen der *hiesigen Evangelischen Lutherischen Gemeinde*, umb dero-selben einen bequemen honorablen Platz, in dem also genannnten Newen Werke hier-selbst, zu Erbauung einer Kirchen anzu-weysen und einzuräumen, an Vns sub dato den 7. Septembris jüngsthin rememberlich ha-ben gelangen lassen, Solches haben Wir wohl erhalten und mit mehrer verstanden.“

„Wie nun Wir Vns zur Gnüge erinnern, was zwischen denen Erbb. von Lübeck und Ham-burgh eines, vnnd Vns andern Theils des-wegen verabscheidet und den 1. Martii Anno 1655 von Vns Schrifftlich verbrieffet und promittiret worden; So seynd Wir auch, wann die *hiesige lutherische Gemein-de*, in solchen terminis, umb Vollenstre-ckung des promissi, *gebührende Ansuechungh*, bey Vns thuen wird, denenselben also zu

(17) Die gedruckte Anlage R. zum Gegenbericht enthält dieses Schreiben vollständig.

begegnen erbietig, daß Sie zu verspühren haben sollen, daß Wir denselbigen ohnweigerlich nachzukommen, würcklich wohl gewillet und entschlossen seyn.“ — — (18)

Wider — Was kann deutlicher für die Domgemeinde, §. 8, 24, als eine wirckliche Kirchengemeine, reden und 25.d.B. sie dazu qualificiren, als alle diese Vorgänge. Und doch behauptet der Senat in den Paragraphen 8, 24, 25, des Berichts: es existire keine Domgemeinde, sie sey keine Gemeinde, keine Kirchengemeine! Aber er findet auch räthlich die wichtigsten Vorgänge und Urkunden mit keiner Sylbe zu berühren, gönnt ihnen keine Stelle in seinem Bericht! —

§. 11.

Man werfe noch einen Blick auf die *Diaconen*.

1.) Ihr Hervortreten aus der Domgemeinde in der Qualität von *Vorstehern, Repräsentanten, Stellvertretern*, war schon durch den Stader Vergleich (1639) als nothwendiges und würdiges *Mittel* mitgarantirt (§. 5.). Das Recht ihrer Anordnung oder Abänderung, konnte nur der Domgemeinde, welche sie repräsentirten, zustehen. In Uebereinstimmung hiermit liefert aber auch die nach-

(18) In der Anlage R. zum Gegenbericht findet man auch dieses Antwortschreiben vollständig.

herige Geschichte die sichersten Thatsachen, daß die Diaconen, ohne Widerrede, in jener Qualität stets anerkannt wurden, und Niemand daran zweifelte.

Von Seiten Schweden und Churbraunschweig geht eine solche ausdrückliche Anerkennung fast aus jeder schon beygebrachten Urkunde hervor. Ein Ruckblick auf dieselben in dem obigen Paragraphen 9. und den §§. 3, 12, 24. des gedruckten „Ueberblicks und Gesichtspuncts etc.“ muß hiervon überzeugen; eben so kommt unter N. 2. unten eine wichtige Regierungsresolution vom Jahr 1724 hierüber vor.

Allein auch der *Senat* machte nie Einwendungen gegen jene Qualität der Diaconen. Schon aus seiner im vorigen Paragraphen, durch sein Antwortschreiben, vom 17. Oct. 1660, dargelegten Anerkennung der Domgemeinde, als einer mit Rechten begabten kirchlichen Gemeinde, geht auch die Anerkennung der Diaconen, als ihrer Vorsteher, Repräsentanten, ganz nothwendig hervor. Denn die aus vielen Tausenden von Gliedern bestehende Domgemeinde, — welcher der Senat wegen Einräumung eines Kirchenplatzes zur Erfüllung seines frühern Versprechens, zu begegnen erbietig war, wenn sie nur „gebührende Ansuchung bey ihm thun werde“ — kann diese Ansuchung doch nicht selbst, alle ihre Mitglieder können sie doch

nicht *in Person* thun; sondern, nach Recht und Zweckmäßigkeit, kann und muß zu solcher Handlung ein kleiner Ausschuss ihrer Mitglieder hervortreten, welche dann als ihre Vorsteher, Repräsentanten, Stellvertreter rechtsgültig handeln.

Will man noch mehrere Thatsachen für die Anerkennung von Seiten des Senats, so findet man sie gewiß auch darin: daß der Senat stets, ohne Bedenken und ohne Protestation, mit den Diaconen in jener Qualität verhandelte, wie die Anlage A. zum Memorial der Diaconen, vom 12. Febr. 1803 (19), und die eigene Anlage 10. des Berichts offenbar beweisen, worinn sie selbst: „Vorsteher“ und „Vorsteher der lutherischen Gemeinde hieselbst“ (Bremen) genannt werden. Selbst die neuesten Zeiten zeugen hierfür, indem der Senat kein Bedenken trug, sämtliche Memoriale der Diaconen, worinn sie offenbar in ihrer Vorsteher-Qualität auftraten, anzunehmen, und darauf Beschlüsse für die ganze Domgemeinde zu ertheilen.

Wider — Wie offenbar ungegründet steht nun der Pa-
§. 26. d. ragraph 26. des Berichts hiergegen da! —
B.

2.) Es bildete sich sogar mit der Ausbildung der lutherischen Religionsanstalt auch eine be-

(19) Anl. C. zum Beschwerden-Libell.

stimmte *Diaconalverfassung*, welches eine neue Bestätigung zum vorigen liefert.

In Rücksicht der Anzahl der Diaconen und ihrer *Ergänzung* durch Wahl, bezieht man sich auf den §. 18. des gedruckten „Ueberblicks und Gesichtspuncts.“

In Hinsicht ihrer *Function*, ihres Geschäftskreisses, aber folgendes. Die Diaconalfunction überhaupt, erhielt zwey Unterarten, zwey specielle Functionen; die der *fungirenden*, die der *alten* Diaconen.

a.) Die Function der *fungirenden* oder *werckthätigen* Diaconen, bekam die werckthätige Betreibung der gewöhnlichen Geschäfte, welche den Diaconen, als Repräsentanten der Domgemeine, in Hinsicht der für sie errichteten Religions-Anstalt, ihrer Rechte und Unterstützung dabey, und in Hinsicht der Verwaltung des St. Petri Waisenhauses zukamen, zum Gegenstande. Indem diese Function auch gemeinsame Berathung, nach einer bestimmten Form, erforderte, und wircklich erhielt, bildeten sie zugleich ein *Colleg*, nämlich das *Colleg der fungirenden Diaconen*, welches seine eigene Convente hielt, und bestimmte Gränzen seiner Thätigkeit, durch diese Diaconal-Function bezeichnet, hatte.

b.) Die Function der *alten* Diaconen, — d.

h. derjenigen, welche aus der Reihe und der Function der fungirenden Diaconen ausgetreten sind, — hatte nur die Ertheilung des *Raths* und der *Hülfe* in *wichtigen* und *schwierigen Fällen* zum Gegenstande, und beschränkte sich bloß darauf.

Die fungirenden Diaconen mußten nämlich die alten, bloß in *solchen* Fällen, zur gemeinsamen Berathung und Fassung von Beschlüssen einladen, und bildeten dadurch, der dabey ebenfalls nothwendigen Form nach, mit ihnen zusammen, ein zweytes größeres Colleg: das Colleg der fungirenden und alten Diaconen, oder das *Colleg sämtlicher Diaconen*. Hierdurch entstand wirklich eine *collegialische Verbindung* der alten und fungirenden Diaconen für jene besondere Fälle. Sie war die nothwendige *Form*, worinn sich die ganz bestimmte Function der alten Diaconen äußerte und erhielt, und diese Function, in ihrer bestimmten Form, machte mithin einen wichtigen Theil der Diaconalverfassung aus.

Die *Geschichte* weist häufige Fälle auf, wo sich insbesondere die Function der *alten* Diaconen, in collegialischer Verbindung mit den fungirenden, ohne die geringste Widerrede von irgend einer Seite, wirksam zeigte. Die Diaconen haben bereits einiger, im Memorial vom 12. Febr. 1803, (20)

erwähnt, gegen deren Richtigkeit der Senat nichts einzuwenden vermogte. Aus der neueren Geschichte gehören noch dahin die besonderen Fälle bey Errichtung des Armeninstituts, der Einführung des neuen Gesangbuchs, und Anordnung der allgemeinen Beichte bey der Domgemeinde.

Merkwürdig ist auch besonders der Fall, als der Katechismus D. Justi Gesenii, in Gemäsheit einer Königl. und Churfürstl. Braunschweigischen Verordnung, vom 19. Nov. 1723, auch bey der Domgemeinde zu Bremen eingeführt werden sollte. Sämmtliche Diaconen, die fungirenden und alten, traten nämlich in ihrer collegialischen Verbindung zusammen, fanden, bey ihrer gemeinsamen Berathung, die Einführung jenes Catechismus bey der Domgemeinde den damaligen Zeitumständen entgegen und gefährlich, und faßten den Beschlufs: bey der Regierung zu Stade insgesamt gegen die Einführung des Catechismus Vorstellung zu thun. Dies geschah alsbald, und die Vorstellung wurde unterzeichnet:

„Eurer Excellenzen etc.

unterthänige und gehorsamst
ergebenste,

sämmtliche Diaconi

bey der Evangelisch-Lutherischen
Gemeine zu Bremen.“

Darauf ergieng folgende willfährige Resolution der Regierung zu Stade:

„Nachdem Ihro Königl. Majestät, und Churfürstl. Durchlaucht etc. allerunterthänigst vorgetragen worden, was *gesammte Diaconi der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde am Dohm* zu Bremen, gegen die Einführung des ohnlängst allhier publicirten Catechismi Gesenii vorgestellet, und zu erkennen gegeben haben, daß ohne grofse Zerrüttung und andere Inconvenienzen der alldort bishero übliche Franckfurter Catechismus nicht würde abgeschafft werden können, dahero um dessen Beybehaltung gebeten; als wird — — *ermelten Diaconis* die Resolution hiermit ertheilet, daß dem *petito* deferiret worden.“

— — — — —
„Geben Stade den 27. Martii 1724.“ —

— — — — —
„Resolution für die *Diaconos*
„*am Dohm zu Bremen*“ (21).

Eines deutlicheren Beweiffes für die bisherige Realität der Function der alten Diaconen, in col-

(21) Die ausführliche Geschichte und Belege hierzu enthalten: Schlichthorst's Beyträge zur Erläuterung der ältern und neuern Geschichte der Herzogthümer Bremen etc. Bd. III. Num. III. S. 163. folg.

legalischer Verbindung mit den fungirenden, kann es ohnmöglich bedürfen.

— Gegen diese zusammentreffende Thatsachen Wider kann das Anführen des einzigen Falles, im §. 35. §.35.n. Num. 7. des Berichts, wo im Jahr 1723 nur die 7.d.Br. damaligen acht fungirenden Diaconen das an den Senat gestellte Gesuch, um Befreyung von der öffentlichen Abgabe der Consumption für das St. Petri Waisenhaus, *unterzeichneten*, gar nichts releviren. Denn, erstlich ist die Wichtigkeit und Schwierigkeit eines einzelnen Falles etwas *relatives*, dessen Beurtheilung nur den Diaconen zustehen kann und überlassen werden muß; wenigstens hat der Senat auf keine rechtliche Weise zu einem solchen Urtheil, den einzelnen, wie z. B. jenen Fall von 1723 zu den schwierigen zu rechnen, die Befugniss. Ferner folgt daraus, daß nur die fungirenden Diaconen die Vorstellung *unterschrieben*, noch gar nicht der nothwendige Schluss: daß eine gemeinsame Berathung und ein gemeinsamer Beschluss sämtlicher Diaconen der Unterschrift und Ueberreichung der Vorstellung nicht vorausgegangen sey. Und eine solche vorausgegangene gemeinsame Berathung sämtlicher Diaconen wird wirklich dadurch zur Gewissheit gebracht, daß die Bemühungen der Inspectoren (Domprediger) und Administratoren (Diaconen) des St. Petri Waisenhauses schon 30

Jahre vorher, um jene Freyheit für dasselbe zu erwürcken, angefangen und beständig fortgedauert hatten; so dafs also dieser Gegenstand, worüber man den Rath und die Meynung der alten Diaconen längst kannte, endlich zu den fortdauernden Berathschlagungen in den gewöhnlichen Conventen der fungirenden Diaconen gehören muste.

Jeder einzelne dieser Gründe ist schon hinreichend, die Irrelevanz des magistratischen Anführens dieses einzigen Falles darzuthun. —

Nun noch die Grundlage der *rechtlichen* Seite der Diaconalverfassung.

Sie war als nothwendige *Form* zur Bestimmung, Realisirung und Erhaltung der als Mittel garantirten Diaconalfunction überhaupt, mithin selbst als erlaubtes *Mittel* — zur Erreichung des Zwecks der für die Domgemeinde errichteten Religionsanstalt, auch der Institute, die sich nachher anschlossen, und durch seine Veranlassung hervorgiengen, — schon durch den Stader Vergleich, (§. 4. 5.) mithin selbst auch vom Senat, als paciscirendem Theile, *garantirt und anerkannt*.

Wie die Geschichte zeigt, bildete sie sich ganz bestimmt aus, äufserte sich stets nach der einmal bestimmten Norm, offen und frey, und sogar unter der landeshoheitlichen, bey der Religionsanstalt für die Domgemeinde allein in Be-

trachtung kommenden *Oberaufsicht* von Schweden, nachher Churbraunschweig, welche der zeitige Etatsrath, nachher Oberhauptmann ausübte, und deswegen zu den Conventen jedesmal eingeladen wurde. Es geschah nie ein Widerspruch, von keiner Seite, sondern es wurde im Gegentheil mit den Diaconen, die ihrer Verfassung gemäs auftraten, verhandelt, sie nie darin gestört, weder von Schweden und Churbraunschweig, noch vom Senat.

Ob auch die Diaconen und die Diaconalverfassung, von der Domgemeinde, welcher das Recht ihrer Anordnung zustand, anerkannt worden sey? Welche Frage! da die Domgemeinde über ein Jahrhundert nicht allein stillschweigend, sondern auch durch Handlungen ihre Zufriedenheit damit und ihr vollstes Vertrauen darauf, selbst öffentlich zu erkennen gab; unter andern durch jährliche reichliche Beysteuern in vier Collecten zur Bestreitung mehrerer beträchtlichen Ausgaben beym lutherischen Religionsinstitut, in zwey Collecten zur Erhaltung des St. Petri Waisenhauses, welche sämtlich unter specieller Aufsicht der Diaconen gehalten wurden (22).

(22) M. s. §. 9. und die in Note 15. citirten Beiträge.

Wider — Der Senat, welcher im Anfang des §. 29. des §. 29. d. Berichts auf jene Frage, in Bezug auf das St. B. Petri Waisenhaus, dennoch hinleitet, und daraus, ganz ungegründeter Weise, Nutzen ziehen will, findet in diesen Thatsachen jetzt schon volle Antwort. —

Ist nun die ganze Diaconalverfassung rechtlich garantirt und anerkannt, so muß es auch nothwendig ihr *Theil* seyn, nämlich die *Function der alten Diaconen in collegialischer Verbindung mit den fungirenden*.

Die Geschichte giebt aber auch hierzu noch die speciellen Belege, daß sie offen und frey unter der landeshoheitlichen Oberaufsicht von Schweden, nachher Churbraunschweig wirckte; daß, in solchen Fällen, die aus dem Ministerium zu Hannover und der Regierung zu Stade erlassene Rescripte und Resolutionen, an *alle und sämtliche* Diaconen gerichtet wurden, wovon auch die oben vorgelegte Resolution vom 27. März 1724 den deutlichsten Beweis liefert; daß endlich der Senat mit sämtlichen Diaconen verhandelte, ohne die geringste Widerrede, und ohne sie jemals zu stören, wie die schon unter 1 und früher beygebrachte geschichtliche Belege genügend dathun.

— Und bey solchen Thatsachen scheut sich der Wider Senat nicht, im §. 35. n. 2. und 8. des Berichts die § 35. n. Anwendbarkeit der römischen Gesetze: *l. 1. pr.* ^{2. u. 8.} *D. quod cujuscunque universitatis. l. 8. C. de hered.* ^{d. B.} *instit.* und der Bremischen, zur Zeit unglücklicher Bürgerzwistigkeiten und Unruhen errichteten, *Neuen Eintracht vom Jahre 1534 art. 6. und 9.* zu behaupten: als wenn die Function der alten Diaconen, in collegialischer Verbindung mit den fungirenden, im Stader Vergleich nicht mitgarantirt sey, nie offen und frey, nie unter der hier in Betracht kommenden landeshoheitlichen Oberaufsicht aufgetreten, von Schweden, Churbraunschweig, und dem Senat nie anerkannt worden; sondern gerade als wenn sie im geheimsten Winkel Bremens erzeugt sey, und geheime politische Zwecke, die dem Bremischen Staat gefährlich seyn könnten, im Plane führe.

Der Senat nimmt ferner keinen Anstand im Wider §. 55. des Berichts, die collegialische Verbindung §. 55. d. der alten und fungirenden Diaconen einen *Mis-* ^{B.} *brauch* zu nennen. Welcher *Misbrauch* dieses Worts! Solche Aeufserungen des Senats müssen den alten Diaconen sehr kränkend und schmerz- lich seyn, da sie von ihrer Obrigkeit kommen, welche sie doch genau kennt, und ihnen selbst ein sehr vortheilhaftes Zeugniß im §. 35. n. 9. des

Berichts giebt; da sie während ihrem Amt, als fungirende Diaconen, und nach Beendigung des selben, als alte Diaconen, mit den uneigennützigsten Aufopferungen zum Flor des St. Petri Waisenhauses gewirkt haben. Jene Aeufserungen des Senats sind aber auch höchst ungegründet und unrechtlich, wie aus den vorher dargelegten Thatsachen klar hervorgeht, und verdienen deswegen gewifs die Misbilligung des höchsten Reichsgerichts. —

Die speciellere Anwendung der Diaconalverfassung auf das St. Petri Waiseninstitut erhält weiter unten eine Stelle.

§. 12.

Die *Resultate* der vorgetragenen historischen Untersuchungen, mit ihren rechtlichen Wirkungen, entheben die vermeintliche Grundlage des Berichts (23), welcher der Senat nur die schwache Stütze einer oberflächlichen und ganz lückenhaften Geschichtserzählung, mit unrichtigen Folgerungen daraus, unterstellt hatte, alles rechtlichen Grundes. Denn es wurde durch den Stader Vergleich (§. 4. 5.) worauf sich auch der Senat, frey-

(23) Nämlich in den §§. 5. bis 11. incl., ferner §§. 24. bis 26., und einigen andern, schon bey den einzelnen Widerlegungen genau citirten Stellen des Berichts.

lich nur aus höchstem Mißverständnisse stützt, ferner durch die darauf erfolgten deutlich redenden Thatsachen (§. 67. u. f.) stringent dargethan: daß die Domprediger *ihre* der Domgemeinde Prediger, nicht fremde, seyen (§. 8.); daß bey der Domkirche der Structurfonds, als eigentlicher Kirchenfonds für die lutherische Religionsaustalt, zum alleinigen Besten der Domgemeinde existire, und als ein perpetuelles Separatwerck sanctionirt sey (§. 9.); daß die Domgemeinde eine wirckliche kirchliche Gemeine sey, die, als solche, bestimmte Rechte habe und ausüben könne (§. 10.); daß endlich die Diaconen wircklich ihre Vorsteher, Repräsentanten und Stellvertreter seyen, auch eine bestimmte Diaconalverfassung existire (§. 11.); daß dies alles garantirt und anerkannt sey. Daher enthalten selbst diese Resultate den Stoff einer neuen weiteren Begründung der Gerechtfertigung der Domgemeinde und ihrer Diaconen am St. Petri Waiseninsitute, wie sich nun, aus einer Zusammenstellung der Specialgeschichte und des separaten Rechtsverhältnisses des St. Petri Waisenhauses hiermit, evident zeigen wird.

Specialgeschichte und separates Rechtsverhältniß
des St. Petri Waisenhauses.

§. 13.

Man wende nun den Blick auf die Specialgeschichte des St. Petri Waisenhauses, mit ihren rechtlichen Wirkungen. Sie ist im gedruckten „Ueberblick und Gesichtspunct etc.“ §. 2. bis 24. und §. 25., so vollständig vorgetragen, daß man lediglich darauf sich beziehen, und die genaueste Rückerinnerung an sie und ihre beweisenden Urkunden, hier voraussetzen darf.

Als vorzügliches Resultat stellte es sich zuerst dar: daß die Domgemeinde das *Privateigenthum* am ganzen *Fonds* des St. Petri Waisenhauses, aus Immobilien und Mobilien bestehend, durch ihre Diaconen erwarb, und ihn aus ihrem Privatvermögen sehr vermehrte (24). Durch die im vorigen Abschnitte (§. 10. 11.) vorgetragene Thatfachen und Rechtsfolgen hat es sich zugleich aufs sicherste bestätigt, daß auch die Domgemeinde dieses *Privateigenthum* durch ihre Diaconen erwerben konnte. Sie erwarb es also wirklich auf *rechtskräftige* Weise. Wirft man ferner nur einen flüchtigen Blick in die, im §. 5. und 12. des „Ueberblicks und Gesichtspuncts,“ vorgelegten

(24) M. s. §. 25. n. 1. des „Ueberblicks und Gesichtspuncts etc.“

Urkunden, und hält sie mit dem im vorigen Abschnitte dargestellten Wesen und Verhältniß des Structurfonds, Domkirchenfonds (§. 9.), zusammen, so wird man sich gewiß aufs vollkommenste überzeugen, daß der Fonds des St. Petri Waisenhauses, als ein vom Structurfonds durchaus *separirtes* Privateigenthum der Domgemeinde constituirt und erhalten wurde. Dies war und ist das *Wesentliche*.

Nur *zufällig* zeigte sich eine *blos von außen*, und durch *äußerliche* zusammentreffende Umstände, bestehende Beziehung des St. Petri Waisenhauses auf die Domkirche, (auch S. Petrikirche genannt) und die an dieselbe geknüpften Religionsanstalt. Die Gründe hiervon waren sehr natürlich folgende: daß das S. Petri Waisenhaus nahe an der S. Petrikirche und auf dem nämlichen Schwedischen, nachher Churhannöverschen Territorium wie diese Kirche lag, unter dem nämlichen Schutz und derselben Landeshoheit stand; daß es nur zum Vortheil lutherischer Waisen, Glieder der Domgemeinde, welche sich in der St. Petrikirche versammelte und dazu hielt, errichtet war; daß die Prediger an der St. Petrikirche die werckthätige Inspection, die Diaconen, welche in dieser Kirche einen Theil ihrer Diaconalfunction verrichteten, zugleich die Administration des St. Petri Waisenhauses führten; daß

es endlich seinen jährlichen Hauptunterhalt durch Collecten in der Dom- oder St. Petrikirche erhielt. Dieser äußeren Beziehung wegen mußte man auch die dasselbe von den reformirten Waisenhäusern treffend unterscheidende Benennung, *S. Petri Waisenhaus*, sehr natürlich finden.

Allein, wie aus den Haupturkunden darüber evident hervorgeht, bewirckte diese blos äußere Beziehung durchaus keine besondere Rechtsfolgen, änderte durchaus nichts an dem inneren Privatrechtsverhältniß des *S. Petri Waisenhauses*, dessen Fonds also *separates Privateigenthum der Domgemeinde* war und blieb.

Wider — Der Senat vermogte in seinem Bericht keinen §. 12. d. einzigen diesseits aufgeführten historischen That-
B. umstand der Specialgeschichte des *S. Petri Waisenhauses*, keine einzige Urkunde, als unwahr und unrichtig anzugreifen. Er nimmt daher seine Zuflucht zu einigen, in den Urkunden vorkommenden, Wortfügungen und Benennungen, welchen er einen, den wirklichen Vorgängen und der deutlichen Absicht der Urkunden, ganz widerstrebenden Sinn beyzulegen sucht. Und hiervon ist besonders der §. 12. des Berichts angefüllt. Denn

1.) die von der Errichtung des *S. Petri Waisenhauses* gebrauchten Ausdrücke: „bey ihrer (der Domprediger) Kirche,“ „beym königlichen

Dom, „bey seiner (Karls XI.) Thumbkirchen,“ so wie die Benennungen St. Petri Waisenhaus, bezeichnen offenbar nur jene, eben dargelegte, *äussere* Beziehung des S. Petri Waisenhauses auf die Dom- oder St. Petri-Kirche. Ferner bezeichnete die vom Senat, im §. 43. n. 3. d. B., angeführte Benennung „königliches“ Waisenhaus, wenn sie einmal gebraucht wurde, ganz natürlich, dass es auf königlichem oder vielmehr Churbraunschweigischem Territorium lag, und unter dessen Landeshoheit stand, wie der tägliche Sprachgebrauch lehrt. Allein dieser Ausdrücke wegen das St. Petri Waisenhaus für ein *annexum* der Domkirche, für *Staatsgut*, wie der Senat behauptet, zu halten, zu einem solchen Glauben müsste man die diesseits beygebrachten Urkunden, besonders den Schenkungsbrief, vom 23. April 1783, (25) gar nicht gesehen und gelesen haben. Ja, wäre es wirklich ein *annexum* der Domkirche, so würde doch auf heinen Fall die Folgerung des Senats auf Staatsgut, auf Staatseigenthum, richtig seyn, und ihm nutzen, wie aus dem obigen §. 9. schon zu entnehmen ist. Doch es ist offenbar *separates* Privateigenthum der Domgemeinde.

2.) Die Verwirrung und Verwechslung, welche

(25) M. s. §. 12. des „Ueberblicks und Gesichtspuncts.“

der Senat ferner im §. 12. des Berichts, in Ansehung der *Structur*- und *Domcapitels*-Güter und Register (26), begeht, zeigt nur, daß er selbst zur Zeit der Berichtserstattung noch keine genaue und richtige Kenntniß davon hatte, — wie auch sein offenerherziges Geständniß in §. 30. lit. g. des Berichts vermuthen läßt — und kann seiner Sache, zu deren Gunst er diese Verwechslung zu benutzen sucht, ohnmöglich frommen.

Denn die Schwedische Schenkungen zum St. Petri Waisenhaus (27) geschahen aus den *Intendantur*- oder Kammer-Gütern (28), indem sie von dem königlichen *Intendanten* Baurmeister dem Structuarius D. Sarninghaussen, für das lutherische Waisenhaus, vermöge eines Rescripts der Regierung zu Stade vom 18. Jan. 1692, übertragen werden mußten.

Eben so schenckte auch Churbraunschweig, durch den *Schenkungsbrief* vom 23. April 1783, (29) den Platz der Domcapitelscurie zur Errichtung eines neuen Waisenhausgebäudes, aus seinen *Domcapitels*- oder *Intendantur*-Gütern (Do-

(26) M. s. Note 7. oben.

(27) M. s. §. 5. des „Ueberblicks und Gesichtspuncts“ und Anl. G. zum Gravat. Libell.

(28) M. s. §. 9. und Note 7. und 10. oben.

(29) M. s. §. 12. des „Ueberblicks und Gesichtspuncts.“

mainen) nicht aber aus dem, der lutherischen Religionsanstalt auf ewige Zeiten geweihten, *Structurfonds*. Ein Rückblick in die Geschichte des Kirchenfonds und der Domcapitelsgüter (§. 9. Note 7. und 10.), ferner in den Schenkungsbrief selbst (30), wird hiervon aufs vollkommenste überzeugen. Denn darinn heisst es: dass von den Vorstehern der Domgemeinde bey der *Rentkammer* zu Hannover um die Ueberlassung des Platzes qu. nachgesucht worden sey. Allein zum Departement der Rentkammer gehörten nur die *Intendanturgüter*, nicht die *Structurgüter*. Ferner heisst es: der Platz der Domcapitelscurie sey in denen Registern sub 1. aufgeführt. Indem nun gleich darauf ausdrücklich gesagt wird: „dass 2.) in recognitionem domini directi jährlich von diesem Platz vier Thaler in Unsere (Churbraunschweigs) *Bremische Domcapituls-Register* (31) zur Berechnung entrichtet werden sollen,“ so sind offenbar die *Domcapitelsregister* hierunter verstanden, aus welchen das dominium utile des Platzes qu. der Domgemeinde überlassen wur-

(30) Anl. E. zum Grav. Libell.

(31) Offenbar also: *nicht Structurregister*, womit der Senat die Domcapitelsregister im §. 12. des Berichts irrig verwechselt.

de, wohin daher auch der Canon bezahlt werden mußte. Die Domcapitelsregister enthalten aber nur blos Domcapitels- oder *Intendanturgüter*, wie in §. 9. dargethan wurde, und sind dem *Structurregister* und den *Structurgütern* geradezu entgegen gesetzt. Also konnte der Platz qu. nur aus den *Intendanturgütern* hergegeben seyn, *nicht* aus den *Structurgütern*. Auch würde sonst Churhannover in N. 3. des Schenkungsbriefs, im Fall der Platz nicht mehr zum Zweck eines Waisenhausgebäudes gebraucht werde, sich gewiß nicht vorbehalten haben, daß er dann zu seiner „*freyen Disposition*“ zurückfallen solle;“ weil ja der *Structurfonds*, und alles was dazu gehörte, ein perpetuelles Separatwerck seyn und bleiben sollte, und so von Churbraunschweig bestätigt und vermehrt wurde, dasselbe mithin hierdurch in Widerspruch mit seinen bestimmtesten Verordnungen gesetzt würde (§. 9.). Hierzu liefert endlich die vollste Bestätigung, daß die Rubrick der Urkunde: „*Intendantur* Bremen, Schenkungsbrief etc.“ deutlich angiebt, daß der Platz qu., als Gegenstand des Instruments, zum Departement der *Intendantur*, nicht zur *Structur*, gehörte. Aus allem diesem erhellet also klar, wie der erste Fonds zum St. Petri Waisenhaus sowohl, als nachher der Platz zum neuen Gebäude, der Domgemeine aus den *Intendanturgütern* geschenkt wurde;

so dafs mit der im §. 12. d. B. hierüber verbreiteten irrigen Verwechslung, auch natürlich alle Folgerungen des Senats daraus, insbesondere wider das diesseits streng bewiesene separate *Privateigenthumsrecht* der Domgemeinde am ganzen Fonds des S. Petri Waisenhauses, zusammenfallen.

Die im §. 42. des Berichts untergeschobenen Widerängstlichen Ein- und Vorbildungen, welche sich §.42. d. auf die Zeit vor und bey der Stiftung des S. Petri B. Waisenhauses beziehen, releviren nichts, wie sich auf den ersten Blick ergiebt, und bedürfen daher keiner besondern Widerlegung, aufser dem Vorwurf unter n. 4, welcher sie unten erhalten soll.

Und wie unglücklich ist gar die Darstellung §.43. d. der Specialgeschichte des St. Petri Waisenhauses, B. die sich erst im §. 43. n. 2. d. B. zeigt, wie leer ist der unter n. 1. daselbst sogar vorausgeschickte Satz, welcher das Privateigenthumsrecht der Domgemeinde am St. Petri Waisenhouse widerlegen soll, gegen die diesseits dargelegte That-sachen und Urkunden!

Eben so erhalten aus dem bisher Vorgetragenen die Paragraphen 13. und 15. des Berichts ihre §.13. u. 15.d.B. nähere Bedeutung und Bestimmung.

Hiermit versinckt auch die vermeintliche speciellere Grundlage des Berichts. —

§. 14.

Man wendet sich nun zur *Privatinspec-tion* und *Verwaltung* des St. Petri Waisenhaus-
ses, sodann zur landeshoheitlichen *Oberaufsicht*
darüber, setzt die Rückerinnerung an das histo-
rische davon, in §§. 16. bis 24. des „Ueberblicks
und Gesichtspuncts“ voraus, und geht gleich
zum *Rechtsverhältniß* dabey über.

Die *Rechtsgrundsätze*, welche hier ein-
treten müssen, können keinem Zweifel unter-
liegen.

1.) Bey einem Institut, wie das St. Petri Wai-
senhaus, ist der *Fonds* der physische und nächste
Grund seiner Existenz, und das erste Hauptmit-
tel zur Erreichung seines Zwecks (32). Das Rechts-
verhältniß, welches in Hinsicht des Fonds beste-
het, muß also auch den Grund abgeben, worauf
die rechtlichen Verhältnisse der Inspection und
Verwaltung, die sich als spätere Mittel anschlies-
sen, und das Bestehen des Fonds voraussetzen,
beruhen.

Das *Eigenthumsrecht* am Fonds begreift nun,
nach bekannten Civilgesetzen, das *Dispositions-*
recht über denselben. Wenn gleich diese Dispo-

(32) Nur im goldnen Zeitalter mag wohl auch ohne
Fonds für die armen Waisenkinder gesorgt
werden.

sitions-Befugniss auf Erreichung des bestimmten Zwecks des Instituts beschränkt ist, so hebt dies doch ihre rechtliche Existenz und ihr Wesen nicht auf, sondern sie dauert für den Eigenthümer, in dieser Beschränkung, immer fort; denn sie nur ist es, welche den rechtlichen Grund enthält, zu Erreichung des Zwecks des Instituts, seine erste Einrichtung zu treffen, fortdauernd das Nöthige zu seiner Erhaltung anzuordnen, und den Fonds zweckmässig zu sichern und zu verwenden. Wo sollte man auch sonst, als in der Dispositionsbefugniss, einen festen und reellen Rechtsgrund dazu finden? Jenes Anordnen zur ersten Einrichtung und fernerer Erhaltung des Instituts, nebst Sicherung und zweckmässiger Verwendung seines Fonds, ist nun offenbar nichts anders, als die Function, der Wirkungskreis der ordinären werckthätigen Inspection, oder Privatinspection und Verwaltung des Instituts.

Hieraus ergiebt sich die unmittelbare Folge, daß das *Recht der Privatinspection und Verwaltung* des Instituts ein Ausfluß des Eigenthumsrechts am Fonds ist, mithin nothwendig dem *Eigenthümer des Fonds zustehen muß*.

Daß der Eigenthümer das Recht durch einen andern, seinen Stellvertreter, ausüben lassen kann, versteht sich dabey von selbst.

Dieses Resultat des gemeinen Rechts leidet

nur die einzige Ausnahme, wenn durch besonderen *Vertrag* etwas anders, von diesen gemeinrechtlichen Grundsätzen des Eigenthumsrechts und seiner Wirkungen abweichendes, bedungen wird, und der Eigenthümer sich dadurch freywillig seines Rechts begiebt.

Wider — Der Senat meint im §. 39. unter num. 4. des §. 39. n. Berichts, der Verfasser dieser Uebersicht gebrauchte bey Aufstellung der eben deducirten Rechtsgrundsätze nur seine eigne Autorität. Autorität für Verstand genommen, giebt dies der Verfasser dem Senat gerne zu, und ist noch, wie wohl jeder ächte Jurist, überzeugt, daß es zur Deduction solcher klaren positiven Rechtsprincipien, welche, wie hier, so unmittelbar aus einer bestimmten Quelle, dem Eigenthumsrecht, fließen, nur des eigenen Verstandes und Scharfsinns, keiner fremden Autorität, zumal eines Rechtslehrers, bedarf. Um jedoch auch hierüber keinen Zweifel übrig zu lassen, und besonders zu zeigen, wie sehr unrichtig der Senat die von ihm selbst aufgeführte Autoritäten anwendet und zu benutzen sucht, wie diese Autoritäten selbst wider den Senat reden, und die eben deducirten Grundsätze vollkommen bestätigen, führt man auch davon Einiges an. —

Der Senat beruft sich an mehreren Orten des

Berichts (33) auf das „*allgemeine Gesetzbuch für die Preussischen Staaten*,“ als Autorität und Rechtsquelle für die vorliegende Sache. Man will es hier dafür gelten lassen, und es muß dann auch die Verordnung desselben, welche die deducirten Rechtsgrundsätze genau bestätigt, rechtlich gelten:

Dies Gesetzbuch verordnet (34) wörtlich:

„Außerdem kann jeder *Stifter* die innere Einrichtung solcher Anstalten (Armenhäuser-Hospitäler, *Waisen-* und *Findel-Werck* und *Arbeits-Häuser*) die *Aufsicht* über dieselben, die Bestellung der *Verwalter*, die *Revision* und *Abnahme der Rechnungen nach Gutfinden anordnen*.“

Was vom bloßen Stifter, d. h. der den Fonds dazu hergiebt, gilt, muß um so viel mehr von demjenigen gelten, welcher sogar Eigenthümer des Fonds, und Erhalter des Instituts *bleibt*. Denn darauf kommt es, als Grundlage des Instituts, allein an.

Hiermit stimmt auch von Berg (35), auf des-

(33) Namentlich in §§. 39. n. 4. Note d. §. 53. Note a. d. B.

(34) Im Th. 2. Tit. 19. §. 35.

(35) Im Handbuch des deutschen Polizey-Rechts, Th. 3. S. 221. bis 224.

sen Autorität sich der Senat ebenfalls beruft (36), vollkommen überein.

Also die klarste und evidenteste Bestätigung des deducirten gemeinrechtlichen Rechtsprinzips: daß dem Eigenthümer des Fonds zum Institut das Recht der ordinären werckthätigen *Inspection*, der *Privatinspection* und *Verwaltung* zustehe.

2.) Hierdurch ist zugleich, wenn der Fonds des Instituts nicht Staatseigenthum, sondern Privateigenthum ist, die Gränze des *landeshoheitlichen Oberaufsichtsrechts* darüber scharf bestimmt.

Da nämlich in einem *Waiseninstitut* arme Waisenkinder erhalten, und zu brauchbaren Bürgern angezogen werden sollen, so hat zwar der Staat, vermöge des Staatszwecks, dabey ein allgemeineres Interesse, als bey anderem Privateigenthum, das Interesse: *daß jener Endzweck des Instituts wirklich erfüllt werde*; allein er hat auch nur einzig dieses Interesse, und es kann kein anderes für ihn begründet werden. Er darf mithin nur diejenigen Mittel, die zur Befriedigung dieses Interesses *hinreichen*, realisiren und in Anwendung bringen.

Nun reicht es offenbar hin, daß der Staat stets ein wachsames Auge darauf habe, und durch Kenntniß der Vorgänge in der *Inspection* und

(36) Im §. 30. a. E. und §. 53. Note b. des Berichts.

Verwaltung des Instituts haben könne, damit die Absicht des Instituts stets erfüllt werde; denn er kann dann in jedem Augenblick, wo ein Fehler in der Inspection oder Verwaltung vorgeht, wo ein Mißbrauch und eine Abweichung vom wahren Ziele des Instituts vorfällt, eingreifen, und den Gang der Inspection oder Verwaltung auf den wahren Weg wieder hinleiten. Es reicht also hin, daß der Staat so lange, bis wirklich ein solcher Fehler vorgeht, nur ruhig zuschaue, und es ist für die Wahrung seines Interesses ganz unnöthig, daß er *gewöhnlicher und ordentlicher Weise* in die werckthätige Privatinspection und Verwaltung eingreife, und ihre Functionen sich anmasse; es ist dies sogar, wenn er es thut, ein Eingriff in das wohlerworbene Eigenthumsrecht des Bürgers, weil dieser, als Eigenthümer, auch das Recht der Privatinspection und Verwaltung, als einen Ausfluß des Eigenthums, (num. 1.) hat und ausüben kanu. So gebührt mithin der landeshoheitlichen Oberaufsicht nicht die Ablage der Rechnungen, sondern blos die jederzeit dem Staat freystehende Einsicht derselben.

In Uebereinstimmung hiermit verordnet daher ebenfalls das „*allgemeine Gesetzbuch für die Preussischen Staaten*“ a. c. O.:

Im §. 37. „Auch solche Anstalten, denen —

eigene Aufseher vorgesezt sind, bleiben dennoch der Oberaufsicht des Staats unterworfen.“

Im §. 38. „Diese Oberaufsicht schränckt sich aber nur darauf ein, daß nach den vom Staate ausdrücklich oder stillschweigend genehmigten Verordnungen des Stifters verfahren werde, und nichts einschleiche, was dem allgemeinen Endzwecke solcher Stiftungen zuwider sey.“

Also die vollste Bestätigung, daß das landeshoheitliche Oberaufsichtsrecht durchaus nicht befugt ist, ordentlicher Weise in die werckthätige Privatinspection und Verwaltung einzugreifen, und sich ihre Function selbst anzumafsen; sondern daß diese Oberaufsicht nur wachsam und ruhig zuschauen, und erst dann, wenn ein Fehler vorgeht, zu seiner Verbesserung handelnd eingreifen soll.

Wider — Wäre der Senat unbefangen in diese, aus dem §. 39. n. Civil- und Staatsrecht begründete, *reelle* Ansicht 4. d. B. der landeshoheitlichen Oberaufsicht eingegangen, so würde er sie gewifs nicht, im §. 39. n. 4. d. B., für ein bloßes Schattenbild ausgegeben haben. Schon aus dem Preussischen Gesetzbuch, das gewifs nicht Schattenbilder und Traumideen aufgenommen hat, konnte er sich hiervon überzeugen.

Auch geben die vom Senat angezogenen

Reichsgesetze keinen speciellen Grund zu einer größeren Ausdehnung des Oberaufsichtsrechts, wodurch Eingriffe desselben in die Privatinspection und Verwaltung, als wohlerworbene Privatrechte, gerechtfertigt werden können.

So gehen die, im §. 53. d. B., angeführte älteren Reichspolizeyordnungen (37) nur speciell auf *Spital-* und *Kirchengüter*, nicht auf Güter eines Waisenhauses, dessen Fonds Privateigenthum ist. Allein sie verordnen auch blos: dafs nur überhaupt jährlich die Rechnung der Verwalter von Spital und Kirchengütern abgelegt und abgehört werden, und dafs die Obrigkeit Aufsicht darüber haben solle; also dafs dies nur überhaupt *geschehe*; in der Absicht, damit durch die Verwalter mit den Gütern „nicht gefährlicher und betrüglicher Weise gehandelt werde.“ Eine specielle Verordnung, *an wen* die Ablegung der Rechnungen geschehen, wem das Recht der Inspection und Verwaltung zustehen solle, und wer es auszuüben habe, verordnen sie durchaus nicht. Ihr wahrer Sinn und Wille, der nur auf Erhaltung der Güter geht, wird daher sogar wirklich bey einem Waiseninstitut, dessen Fonds Privateigen-

Wider
§.53. d.
B.

H 2

(37) R. P. O. von 1548. tit. 26. §. 2. tit. 51. §. 4. von 1577. tit. 27. §. 2. tit. 32. §. 4.

thum ist, vollkommen erfüllt, wenn die Privatinspection und Verwaltung zweckmäfsig eingerichtet ist, jährliche Rechnung abgelegt wird, und dabey die landesherrliche oder obrigkeitliche Oberaufsicht, wie gezeigt wurde, wirksam ist. Somit kann diesen Reichsgesetzen ohnmöglich der Sinn und Wille angedichtet werden, dafs sie dem Eigenthümer des Fonds sein wohlerworbenes Privatrecht auf die Inspection und Verwaltung nehmen wollen.

Wider Eben so verordnet auch der vom Senat im §. 39. n. 7. d. B. citirte §. 65. des jüngsten Reichsschlusses, vom 28. April 1803, durchaus nichts dagegen:

„Fromme und milde Stiftungen sind, wie jedes Privateigenthum, zu conserviren, doch so, dafs sie der landesherrlichen Aufsicht und Leitung untergeben bleiben.“

Wenn auch unter diesem Reichsgesetze solche Stiftungen, deren Fonds specielles Privateigenthum sind, begriffen werden, — was jedoch nicht einmal vermuthet werden kann, indem sonst die Worte: „wie jedes Privateigenthum“ die sich dann von selbst verstehen, ganz überflüssig wären, — wenn man also seine Anwendbarkeit auch zugeben wollte, so kann doch sein wahrer Sinn mit den deducirten Rechtsprincipien nur übereinstimmend seyn. Und hierzu geben seine eigenen

Worte den besten Beleg; der Beysatz: „*landesherrlich*“ bezeichnet deutlich genug, daß nur die Aufsicht und Leitung, welche der Staatszweck fodert, also die *Oberaufsicht*, wie sie oben streng deducirt wurde, eintreten, das Wort: „*bleiben*,“ daß diese Oberaufsicht nur in denselben Gränzen, wie sie *vorher ausgeübt* wurde, eintreten solle. Also will dieses Reichsgesetz keineswegs das Privatrecht der ordinären Privatinspection und Verwaltung dem Eigenthümer nehmen; eine solche Härte darf ihm nicht angedichtet werden; sondern sein wahrer Sinn kann im Gegentheil nur der seyn, daß jenes Privatrecht, als rechtliche Wirckung des Privateigenthums am Fonds, und wie es vorher ausgeübt wurde, „*conservirt*“ werden, und nur die landesherrliche Aufsicht *oder Oberaufsicht*, nach dem Umfang und den Gränzen, worinn die Wahrung des Staatsinteresses erreicht werden kann, eintreten solle.

Der Senat zieht ferner, im §. 37. n. 7. d. B., den §. 60. des jüngsten Reichsschlusses an. Allein derselbe hat nur die *politische Verfassung* eines Landes zum Gegenstande, und enthält daher für diese Sache keine Verordnung. Wollte man ihn aber etwa analogisch herbeyziehen, so würde er sogar, wider den Senat, nur eine Bestätigung der vorigen Rechtsprincipien enthalten; indem danach die Eigenthumsrechte am Institut, welche

durch *Verträge* mit dem vorigen Regenten über dasselbe erworben wurden, „ungestört erhalten werden sollen,“ mithin auch deren rechtliche Wirkungen in Hinsicht der Privatinspection und Verwaltung. —

§. 15.

Die *Anwendung* der im vorigen Paragraphen deducirten Rechtsgrundsätze auf die Privatinspection, Verwaltung, und landesherrliche Oberaufsicht des St. Petri Waisenhauses, wird ohne Schwierigkeit auf das sicherste rechtliche Resultat hinleiten.

A.) *Privatinspection.* Namens der Domgemeine traten rechtsgülsig ihre Diaconen auf, (§. 11.), erwarben und erhielten für sie das separate Eigenthumsrecht am Fonds des St. Petri Waisenhauses, wie streng erwiesen wurde (§. 13.). Da nun sowohl Schweden, als Churbraunschweig, außer der ihnen, vermöge der Landeshoheit ohnehin gebührenden Oberaufsicht, sich ein weiteres Recht vertragsweise nicht bedungen und vorbehielten, so stand den Diaconen nach den deducirten Rechtsprincipien (§. 14. 1.) die Anordnung der ordinären werckthätigen Privatinspection zu. Sie wurde sogleich bey der Errichtung des St. Petri Waiseninstituts auf die Domprediger, der Domgemeine Prediger (§. 3.), welche selbst

aufs kräftigste Hand ans Werck legten, berechnet, und ihnen fernerhin von den Diaconen ganz überlassen (38). Ob auch die Domgemeinde hiermit übereingestimmt habe? Diese nach den bisherigen Vorgängen sehr sonderbare Frage ist schon, in §. 11. n. 2., mitbeantwortet. Jene Privatinspection wurde sofort, ohne Widerrede, von Schweden und Churbraunschweig stets anerkannt (39). Dafs sie auch vollkommen zweckmäfsig sey, beweist der Flor des S. Petri Waisenhauses und das eigene Geständnifs des Senats im §. 30. lit. g. des Berichts.

Es steht also fest: dafs nur der Domgemeinde, als Eigenthümerin des Fonds, die Befugnifs einer Abänderung im Personale und in der Functionsbestimmung der Privatinspection — wozu es aber bey ihrer zweckmäfsigen Anordnung nicht kommen wird — zustehen kann; es stand aber weder Schweden, noch Churbraunschweig diese Befugnifs zu, wurde auch nicht von diesen Landeshoheiten sich angemafst. Sie kann daher eben so wenig dem, an ihre Stelle getretenen, Senat zukommen; und jede Abänderung, welche derselbe wircklich vornehmen wollte, stellt sich of-

(38) M. s. §. 16. des „Ueberblicks und Gesichtspuncts etc.“

(39) M. s. §. 17. des cit. Ueberblicks etc. und Anl. T. zum Gegenbericht.

fenbar als ein Eingrif in das wohlerworbene Eigenthumsrecht der Domgemeinde, mithin als eine unrechtliche Ausdehnung seiner obrigkeitlichen Gewalt dar.

Hierdurch ist die rechtliche Nothwendigkeit des ungestörten ferneren Bestehens der Privatin-
spection der Domprediger, in ihrer bisherigen vollen Wirksamkeit, im statu quo, aufs neue, gegen jeden An- und Eingrif des Senats fest begründet.

— Die *speciellen Einwürfe* des Senats hiergegen sind von allem Recht und Gewicht entblößt, da er bey keiner einzigen Thatsache eine Unrichtigkeit darzuthun vermogte.

Wider
§. 29. d.
B.

1.) Die *Abhängigkeit* der Domprediger, als *Inspectoren* des S. Petri Waisenhauses, von Schweden und Churbraunschweig, welche außer der Subordination unter die landeshoheitliche *Oberaufsicht* bestanden haben soll, wie der Senat im §. 29. d. B. behauptet, hat derselbe mit nichts bewiesen. Dagegen beweisen sogar die diesseits dargelegte Thatsachen und begründete Rechtsprincipien das offenbare Gegentheil. Ja dies wird selbst bewiesen durch den Fall in contradictorio, von 1727 und 1728 (40), dessen Richtigkeit die eigene Anlage 10. des Berichts bestä-

(40) M. s. §. 24. des „Ueberblicks etc.“

tigt; es wird ferner bewiesen durch die eigene Behauptung des Senats im §. 30. lit. c, d, e. des B.: daß der Domprediger Bestallung von der Inspection des S. Petri Waisenhauses nichts enthalte, daß die Domprediger nur als Prediger überwiesen worden seyen. Das offenbarste Zeichen, daß Churbraunschweig zur Anordnung dieser Privatinspection Sich nicht befugt, und die Inspectoren von Sich nicht abhängig hielt, sondern daß Es der Domgemeinde dies Recht zugestand.

Hiermit fällt die Behauptung der Abhängigkeit, und jede Folgerung des Senats daraus, — besonders im §. 30. lit. i. d. B.: „daß Churbraunschweig den Dompredigern jeden Augenblick die Privatinspection habe nehmen, und ihre Gränzen anders habe bestimmen können“ — als höchstungegründet zusammen.

2.) Von der bloß behaupteten Befugniss des Senats zur Entsetzung der Domprediger, von ihrem Pastoralamte an der Domkirche kann, wie im §. 30. lit. f. d. B. irrig geschieht, durchaus kein Schluß auf die Entsetzung von der Privatinspection gemacht werden; da deren Function und Anordnung, wie bewiesen, ein separates Recht der Domgemeinde ist. Man würde sich daher, gleich dem Bericht an vielen Orten, einer unpaß-

Wider
§. 30. i,
d. B.

§. 30. f,
d. B.

senden Ausschweifung schuldig machen, wenn man den Beweis, den man wirklich hat: daß dem Senat auch erstere Befugniss auf keine Weise zustehe, *hier* vorlegen wollte. Davon zu seiner Zeit (§. 8.).

Wider 3.) Von Klagen der Oberhauptleute über die
§. 30. i, Domprediger, *als Inspectoren*: daß sie sich oft
d. B. nach dem Willen der Diaconen zu richten ge-
wohnt gewesen, daß dies etwas einseitiges, so-
mit gemeinschädliches sey, — eine Behauptung des
§. 30. lit. i. d. B., — hat der Senat gar nichts
durch Belege und Beweise dargethan. Auch wi-
derspricht solcher Behauptung aufs deutlichste:
der bisherige Flor des S. Petri Waisenhauses, wel-
cher nur einzig Zweck der Oberaufsicht, mithin
der Oberhauptleute seyn konnte, und wirklich
erreicht wurde.

So mag denn auch die, im §. 30. d. B., hierauf
folgende leere Schlußdeclamation, welche über-
sieht, daß die Privatinspection der Domprediger
von der landeshoheitlichen Oberaufsicht durch-
aus separirt und verschieden ist, und beyde mit-
einander verwechselt und vermischt, lediglich
auf ihrem Unwerth beruhen, und von *Berg*, —
der Autorität, worauf sie sich selbst angeblich
stützt, welche sie also wider sich gelten lassen

muß — in der oben, §. 14. Note 35. citirten Stelle widerlegt werden (41). —

B. Verwaltung. Ganz so, wie bey der Privatinpection (A.), stand den Diaconen, Namens der Domgemeinde, als Eigenthümerin des Fonds, auch die Anordnung der Verwaltung des St. Petri Waisenhauses zu (§. 14.). Sie übernahmen diese Last selbst, zur Zufriedenheit der Domgemeinde (§. 11. 2.), ohne Widerrede und Vorbehalt von Seiten Schwedens, nachher Churbraunschweigs, und im Gegentheil von diesen Landeshoheiten, auch als Verwalter des St. Petri Waisenhauses, stets anerkannt (42).

Als *Mittel* bestand hierbey die *Diaconal-Verfassung*, wie sie im §. 11. historisch und rechtlich deducirt wurde, welche daher auch hier ihre specielle Anwendung findet. Hiernach kann die Befugniss einer Abänderung der so garantirten, bestehenden, und anerkannten Diaconal-

I 2

(31) Einige *allgemeinere* Einwürfe des Senats, die sich zugleich auf die Verwaltung und Oberinspection beziehen, werden weiter unten gewürdigt, und man wird diesen Gang auch bey der Verwaltung und Oberaufsicht (B. C.) beobachten.

(42) M. s. §. 18. bis 20. des „Ueberblicks etc.“ worauf man sich der Kürze wegen bezieht.

verfassung nur einzig der Domgemeinde, welcher allein die Anordnung der Verwaltung zusteht, zukommen. Es konnte mithin solche Befugniß weder Schweden, noch Churbraunschweig zustehen, die sich deswegen auch nie einen Eingriff in die Diaconalverfassung erlaubten; es kann eben so wenig dem an ihre Stelle getretenen Senat eine solche Befugniß zukommen, und beygelegt werden.

Was nun von der ganzen Diaconalverfassung gilt, muß nothwendig auch von dem sie integrierenden Theil, der *Function der alten Diaconen in collegialischer Verbindung mit den fungirenden*, gelten; wie sie im §. 11. 2., worauf man sich bezieht, mit historischer und rechtlicher Begründung dargelegt wurde. Hiernach kann dem Senat eben so wenig eine Befugniß zur Abänderung dieses Theils der Diaconalverfassung zustehen. Schon jede Abänderung, welche der Senat in diesem Theil der Diaconalverfassung vornehmen wollte, und um so vielmehr die von ihm intendirte Aufhebung der ganzen Function und Vernichtung der collegialischen Verbindung, stellt sich daher als ein offener Eingriff desselben in das wohlerworbene Eigenthumsrecht der Domgemeinde, mithin als eine widerrechtliche Ausdehnung seiner obrigkeitlichen Gewalt dar.

Dies wird noch dadurch verstärckt, daß die

Diaconen immer aus den angesehensten Kaufleuten gewählt wurden (43); dafs sie stets Männer waren und sind, „welchen das wahre Beste und der steigende Flor des St. Petri Waisenhauses, einzig und allein dieser guten löblichen Stiftung selbst halber, und somit entfernt von allen Nebenrücksichten am Herzen liegt,“ wofür sie der Senat selbst stets gehalten zu haben, im §. 35. n. 9. d. B., erklärt; dafs die Function der alten Diaconen, in ihrer collegialischen Verbindung mit den fungirenden, für die eigenthümliche Lage des S. Petri Waisenhauses, dessen fester Fonds zu seiner Erhaltung nicht hinreicht, eine sehr zweckmäfsige und weise Einrichtung ist. Und hiervon müssen überdies auch die blofse Anschauung ihres würdigen Wirkungskreises, ihrer Erfahrung und des Vertrauens der Domgemeinde auf sie (44), noch mehr aber die Thatfachen und Wirkungen, wenn zugleich die alten Diaconen handelnd auftraten, besonders der Flor des S. Petri Waisenhauses überzeugen.

Also ist durch diese neu verstärkte Deduction die rechtliche Nothwendigkeit des ungestörten ferneren Bestehens der ganzen Verwaltung und

(43) M. s. §. 8. und Note 6. oben.

(44) M. s. §. 11. n. 2. oben, und §. 19. des „Ueberblicks etc.“

Diaconalverfassung, insbesondere der Function der alten Diaconen in collegialischer Verbindung mit den fungirenden, als der zu ihrer Ausübung und Erhaltung nothwendigen Form, in ihrer bisherigen vollen Wirksamkeit, in statu quo, gegen jeden sie zu vernichten strebenden An- und Eingriff des Senats fest begründet.

— Der Senat hat in seinem Bericht keinen einzigen der vorgelegten Thatumstände als unrichtig anzufechten, daher auch seine *speciellen* Einwürfe gegen dieses Resultat, deren überdies manche ganz irrelevant sind, mit keinen gültigen Rechtsgründen zu unterstützen vermocht.

Wider 1.) Einige irrige Behauptungen des Senats hier-
§.35.n. gegen, wie im §. 35. n. 2. u. 8. n. 5. (wobey das
2, 8, 5, medium concludendi fehlt) n. 7. und §. 55. des
7. §.55. Berichts, haben schon, in §. 11. n. 2. oben, ihre
d. B. genügende Würdigung und Widerlegung erhalten, worauf man sich bezieht.

§.33. §. 2.) Es kann hier nicht auf *Benennungen*, die
35.n.3. ohnehin *relativ* sind, sondern nur allein auf *That-*
d. B. *sachen* ankommen, weswegen die auf bloße Benennung gestützte Folgerungen des Senats von selbst wegfallen. So ist z. B. im §. 35. n. 3. d. B. die gewöhnliche Verfassung von Regierungs- Justiz- Kammer- Spruchcollegien angezogen, wonach abgegangene Mitglieder keine fortdauernde Einwirkung mehr haben. Allein dieser allge-

meine Leisten paßt rechtlicherweise durchaus nicht auf die ganz eigenthümliche, historisch und rechtlich begründete Verfassung des St. Petri Waisenhauses, wonach die Diaconen, welche *blos aus der Function der fungirenden Diaconen abgegangen sind*, in die Function der *alten etc. übertreten* (§. 11. 2. b.).

3.) Der Meinung des Senats, in §. 35. n. 6. d. Wider B., es habe bisher nie eine collegialische Verbindung der alten und fungirenden Diaconen existirt, setzt man lediglich die schon dargelegten That-sachen (§. 11. 2.) entgegen, woraus er sich selbst, wenn es noch nicht geschehen, von ihrem Un-grunde überzeugen wird. §. 35. 6. d. B.

4.) Im §. 35. n. 4. d. B. glaubt der Senat die Fort- §. 35. 4. dauer der Verbindung der alten und fungirenden d. B. Diaconen würde Weitläufigkeiten, Zeitverlust, Aufenthalt in manchen Geschäften veranlassen.

Allein erstlich ist das Bremische Armenhaus, womit der Senat hier eine unpassende Vergleichung anstellt, nicht das S. Petri Waisenhaus, welches sein ganz individuelles Rechtsverhältniß hat. Zweytens sind die Gränzen der Function der alten Diaconen so genau bezeichnet, daß, wenn einmal ein Fehler in der Verwaltung vorgehen sollte — wogegen jedoch alle bisherige Erfahrung, die innere Lage der Sache und die Eigenschaften der Diaconen, nach dem eigenen Zeug-

nifs des Senats vom Gegentheil überzeugen müssen — der Senat bey Ausübung der Oberaufsicht immer genau wissen kann, *an wen* er sich zu halten Wider hat; weswegen auch seine Besorgnifs, im §. 35. §. 35. n. n. 10. des Berichts, als ungegründet erscheint. End- 10. d. B. lich zeigt die Geschichte, die ein Jahrhundert übersteigt, Thatsachen und Wirkungen der ganzen Diaconalverfassung sowohl, als ihres Theils, der collegialischen Verbindung der alten und fungirenden Diaconen, welche jeden Unbefangenen vom Gegentheil überzeugen werden. Ja, wie viel hat ihr nicht der Flor des St. Petri Waisenhauses zu verdanken! Ist er nicht der beste Zeuge davon, und von dem grossen Vertrauen der Domgemeinde auf die Diaconalverfassung, welches sie, beym Mangel eines hinreichenden festen Fonds, durch ihre jährliche reichliche Beysteuern zu erkennen gab. Und wurde dadurch nicht das *Staatswohl* befördert, indem dem Staate so viele Waisenkinder zu wackern Bürgern angezogen wurden?

§ 35. 2, Hieraus sowohl, als aus der Darstellung, im 8. d. B §. 11. 2., wird der Unbefangene sich gewifs überzeugen, daß die Declamation des Senats von Störung des Staatswohls, Erschütterung der Grundpfeiler der Staatsverfassung u. s. w. (im §. 35, n. 2. u. 8. d. B.) bey dieser Sache, deren Gegenstand so bürgerlich und friedlich ist, mithin zu sol-

chen ängstlichen Aeufserungen keinen Stoff geben kann, ganz am unrechten Ort, und ohne alle Anwendbarkeit sey.

5.) Daher würde es sogar von einer Pflichtvergessenheit der Diaconen zeugen, wenn sie eine gänzliche Auflösung und Aufhebung der collegialischen Verbindung der alten und fungirenden Diaconen zugeben wollten, wie der Senat, in §. 35. n. 9. d. B., ihnen dennoch zumüthet. Denn die Domgemeinde hat ja, nach obiger Begründung, ein wohlerworbenes Recht auf ihr ferneres Bestehen, welches die Diaconen ihr nicht vergeben dürfen. Ferner könnte eine solche unzeitige Auflösung, Mißvergnügen und Mißtrauen bey der Domgemeinde erregen, und dadurch der Flor des S. Petri Waisenhauses sehr leiden. —

Wider
§. 35. 9.
d. B.

C.) *Landeshoheitliche Oberinspection.* Aus den beiden rechtlichen Resultaten, in Hinsicht der Privatinspection und Verwaltung (A. und B.), ergibt sich die unmittelbare nothwendige Folge: daß den vorigen Landeshoheiten Schweden und Churbraunschweig nur die landeshoheitliche *Oberaufsicht* über das S. Petri Waisenhaus, nach dem rechtlichen Begriff und Umfang, welcher, im vorigen Paragraphen unter n. 2., festgestellt und begründet wurde, zustand; daß also auch dem Senat nur diese landeshoheitliche Befugniß,

und durchaus kein mehreres Recht, zukommt. Hierdurch erhält die Deduction, in den §§. 21, bis 24. (wobey auch die eigene Anlage 10. des Berichts, als Beleg des Falls in contradictorio von 1727. und 1728. zutritt) in §. 25. n. 2. und §. 26. des „Ueberblicks etc.“ worauf man sich bezieht, nicht allein Bestätigung, sondern selbst neue Verstärkung.

— Der Senat vermogte auch hier keine einzige Thatsache als unrichtig darzulegen; und es zerfallen somit auch seine *specielle Einwürfe*, die er hiergegen richtete.

Wider 1.) Die Einwürfe, worauf sich der Senat hauptsächlich stützt, — nämlich im §. 39. d. B. besonders §§. 39. 53. 54. unter n. 4, 7. daselbst, wovon die andern Sätze 55. d. (45) dieses Paragraphen nur Folgerungen sind, dann in §. 53. und als Folgerungen in §§. 54. u. 55. d. B. — stehen durch die obige Deduction der Rechtsprincipien im §. 14, 2., und die eben dargelegte Anwendung derselben auf das individuelle Verhältniß des S. Petri Waisenhauses, schon in ihrer ganzen Blöße da.

§. 37. d. 2.) Die Vergleichung des Personals der Ober-
B. aufsicht, im Anfang des §. 37. d. B., mit dem Personale des Kirchenkollegs, dessen vollkommene

(45) Ausser num. 5. u. 6., welche weiter unten widerlegt werden.

Zweckmäßigkeit hier auszuführen, am unrechten Orte seyn würde, ist wegen der grossen Verschiedenheit ihres Wirkungskreises durchaus unpassend, wie sich auf den ersten Blick ergiebt.

3.) Dem Paragraphen 38. d. B. — dessen Inhalt zum Theil gar nicht hierher gehört, zum Theil durch die vorige und folgende Darstellung widerlegt wird — setzt man, in Hinsicht der mit keinem weiteren Grund versehenen Behauptung: „dafs es lediglich vom Senat abhängt, durch wie viele Personen er die Oberaufsicht ausüben wolle,“ die Darstellung des bisherigen, auf einer festen Begründung ruhenden, ganz eigenthümlichen Verfassung des S. Petri Waisenhauses, wonach nur Ein Oberinspector von Seiten des Staats auftrat, entgegen; und es behält somit das in §§. 45. und 46. des „Ueberblicks etc.“ deducirte, seinen Grund.

Wider
§. 38. d.
B.

4.) Das Anerbieten der Diaconen, im Jahr 1728, sub inspectione Senatus jährlich Rechnung abzulegen, nach Inhalt der Anlage 10. zum Bericht, geschah damals nur im gerechten Schmerz wegen der Uebermacht Churbraunschweigs, welche Landeshoheit nur das einemal, zu jener Zeit, die Rechnungsabnahme sich anzumassen versuchte (46).

§. 59. 5.
d. B.

K 2

(46) M. s. §. 24. des „Ueberblicks etc.“

Allein der Inhalt jener Anlage 10.; ferner, daß der Senat das Verhältniß der Rechnungsablage, wie es immer bestand, für ganz rechtlich hielt, und deswegen jenes Anerbieten — welches ohnehin keine weitere rechtliche Wirckungen hervorbringen konnte — gar nicht annahm; daß sich auch Churbraunschweig wieder ganz dabey beruhigte; bestätigt offenbar aufs kräftigste die diesseits aufgestellten Rechtsprincipien, und deren gültige Anwendung. Deswegen kann des Senats Vorbringen hierüber, im §. 39. n. 5. d. B., ihm zu keiner Stütze gereichen, sondern spricht sogar wider ihn. Von der Anomalie weiter unten.

Wider 5.) Im §. 37. d. B. ist es zugegeben: daß die §. 37. d. Brüderschaften des Jacob Major und Minor, der B. St. Annen, die Seefahrt, das Zwölfherren-Stipendium, unter *keiner* besondern landeshoheitlichen Oberaufsicht stehen; als Grund wird zugefügt: daß sie bloße *Privatvereinbarungen* seyen. Allein sind sie nicht eben so gut milde Stiftungen, wie das S. Petri Waisenhaus? und ist denn *dieses* eine *Staatsvereinbarung*??

Also ein neuer Beleg wider die Declamation im §. 30. lit. i. und §. 35. n. 8. d. B.! Auch denckt man ja nicht daran, das S. Petri Waisenhaus der obrigkeitlichen Oberaufsicht, und der damit ver-

knüpften Vorsorge, jedoch in ihren rechtlichen Gränzen, zu entziehen.

6.) Am Ende des §. 37. d. B. giebt der Senat an: Wider „wenn die Oberaufsicht bis dahin, daß Mangel an Pflichterfüllung es erheische, *aufgehoben* werden müßte; so würde es oft zu spät seyn.“ Wann und wo haben aber auch die Diaconen eine solche *Aufhebung* behauptet? Im Gegentheil stellte man von dieser Seite immer den Satz auf: die Oberaufsicht könne sich von allen Vorgängen beym Waiseninstitut jederzeit Kenntniß verschaffen, und möge stets ein wachsames Auge darauf haben. Wenn daher die Oberaufsicht diese ihre erste Pflicht und Function zu jeder Zeit erfüllt, so ist ein „oft zu spät seyn“ nicht wohl möglich. Man kann dies auch übrigens nur als Pendant zum Schattenbild (47) betrachten, wogegen man sich ebenfalls auf die Solidität des Preussischen Gesetzbuchs (§. 14. 2.) beruft, welches gewiß nicht eine Oberaufsicht, für deren Wirksamkeit es oft zu spät seyn würde, angeordnet hätte. —

§. 16.

Die *Widerlegung* einiger allgemeineren Einwürfe des Senats wird sich jetzt eben so überzeugend, wie im vorigen Paragraphen die Beseitigung seiner speciellen Einwürfe, anschließen.

(47) §. 14. 2. oben und §. 39. n. 4. d. B.

Wider 1.) Bey den zwey reformirten Waisenhäusern
 §.44. §. zu Bremen tritt in Hinsicht des Fonds, ein vom
 30.h.§. S. Petri Waisenhaus total verschiedenes Rechtsver-
 35.4.§. hältniß ein. Sie sind zum Theil wirklich aus
 37. §. Staatsgütern dotirt (48), zum Theil durch eine
 39.6.d. *allgemeine Collecte* im Jahr 1685 (49) beschenkt
 B. worden. Allein, was der Senat immer übersieht,
 und worauf es doch einzig hier ankommt: *kein*
Bürger, keine Gemeinde hat ein Privateigenthums-
recht an ihrem Fonds erworben, und ausgeübt;
 wie notorisch ist, und aus dem §. 44. des Berichts
 selbst hervorgeht. Es können also auch offenbar
 die Rechtswirkungen, welche das Eigenthums-
 recht am Fonds zu Gunsten des Privateigenthü-
 mers fordert, bey den reformirten Waisenhäusern
 unmöglich eintreten; und es darf, ohne Rechts-
 verletzungen zu begehen, kein Schluss, keine
 Anwendung des bey ihnen eintretenden Rechts-
 verhältnisses auf das des S. Petri Waisenhauses,
 dessen Fonds Privateigenthum der Domgemeinde
 ist, gemacht werden. Der Senat mag daher, in
 Rücksicht ihrer, eben so versorglich und gerecht
 verfahren haben, als er ungerecht, in Hinsicht
 des S. Petri Waisenhauses, verfuhr.

(48) Der §. 43. des Gegenberichts enthält die ge-
 nauere Belege hiezu.

(49) Wie der Senat im §. 44. des Berichts selbst
 angiebt.

Hierdurch fallen der §. 44. des Berichts, und alle schon in früheren Stellen desselben — z. B. §. 30. h. §. 35. 4. §. 37. §. 39. 6. — vom Senat einzeln gemachte Schlüsse und Anwendungen der Lage der reformirten Waisenhäuser auf das ganz individuelle Verhältniß des S. Petri Waisenhauses, als völlig unpassend, weg.

2.) In mehreren Stellen des Berichts, §. 30. lit. Wider i. §. 39. n. 5., meint der Senat: „das St. Petri Waisenhaus sey bis jetzt als eine *wahre Anomalie* zu betrachten gewesen.“ Allein der Unbefangene muß diese Betrachtung ganz unpassend finden, da es in Deutschland etwas gewöhnliches ist, daß der Bürger des einen reichsunmittelbaren Territoriums Eigenthum im andern dichtangränzenden Territorium hat, und natürlich, in Hinsicht dieses Eigenthums und seiner Benutzung, der Landeshoheit des andern Territoriums unterworfen ist. Es traten auch bisher, wie begründet wurde, beym S. Petri Waisenhaus die auf seine individuelle Lage passende gemeinrechtliche Principien ein, worauf es allein hier ankommt, und die also auch in der jetzigen Lage des S. Petri Waisenhauses, wie gezeigt, gelten müssen. Somit kann auch die Idee einer Anomalie dem Senat, zur widerrechtlichen Ausdehnung seiner obrigkeitlichen Obergaufsicht, nichts frommen.

Wider
§ 30. i.
§. 39. 5.
d. B.

Wider 3.) Noch sonderbarer ist die Aeußerung im §. 42. 4. 42. n. 4. (50) und §. 46. am Ende des Berichts: §. 46. d. das S. Petri Waisenhaus habe bis in die neuesten B. Zeiten einen *Statum in statu* gebildet. Was der Senat für einen Begriff hierbey zum Grund gelegt habe, ist nicht wohl zu begreifen; denn der Zweck dieses Waiseninstituts war ja öffentlich bekannt, sehr löblich und nützlich für das Staatswohl, und das Auge der landeshoheitlichen Oberaufsicht sogar dabey stets wachsam.

§. 30. i. 4.) Aber die Einheit des Bremischen Staats soll, §. 46. d. beym ferneren Bestehen der Verfassung des S. Petri Waisenhauses in statu quo, leiden; auf welche Idee der Senat, im Bericht, — z. B. §. 30. i. (arg. §. 35. n. 2. §. 39. n. 3.) §. 46. a. E. — mehrmals zurückkehrt, und ihr auch allgemeine politische Ansichten in §. 55. d. B. zugiebt.

Allein, nur die Erreichung des Zwecks des Staats, seiner Sicherung und Wohlfahrt, kann und darf des Senats Absicht seyn. Sie wird realisirt, wenn jedes einzelne Institut im Staat eine, *in sich und nach seinem individuellen Verhältnisse zweckmäßige* Einrichtung und Verfassung hat, und so zur Wohlfahrt des Staats mitwirckt. Wenn

(50) Der hierinn auch gegen die Diaconen hervorgesuchte Vorwurf, enthält weiter unten seine Abfertigung.

auf diese Weise alle Institute des Staats eingerichtet sind, und jedes einzelne in seiner speciellen Verfassung, zum Staatszweck, dem Einen Ziele für alle, hinwirckt, so wird dies die *wahre* und *sicherste Einheit* seyn, nach deren Realisirung die Staatsverwaltung streben muß. Ob aber ein Institut ganz *die* *selbe* *äußere* Einrichtung, ganz dasselbe *äußere* Ansehen, wie das andere, eine *äußere* Gleichheit damit habe, ist ganz *ausserwesentlich*, daher gar nicht nothwendig. Um dieser *blos* *äußeren* Gleichheit Willen nun gar die *eigenthümliche*, auf speciellen Rechtsverhältnisse beruhende, *in sich* zweckmäßige Verfassung eines Instituts unschaffen wollen, um seine *äußerliche* Einrichtung der eines andern Instituts, womit es in gar keinem Zusammenhang steht, gleich zu machen; dadurch wohlerworbene Privatrechte kränken, und vielleicht gar die Existenz und Erhaltung des Instituts selbst schwankend machen, sie ihm wenigstens schwächen; dies ist gewiß das höchste Mißverständniß des wahren Principes der Einheit im Staate.

Die Anwendung hiervon auf das eigenthümliche Verhältniß des S. Petri Waisenhauses, und daß bey der innern Zweckmäßigkeit seiner Verfassung, wovon sein Flor zeugt, die *wahre* Einheit des Staats keineswegs leide; daß im Gegen-

theil, durch die vom Senat intendirte Umformung seiner Verfassung, wohlerworbene Privatrechte der Domgemeinde gekränckt, sogar beym Mangel eines festen Fonds seine Haupterhaltungsquelle ihm vielleicht entzogen, und dadurch dann wirklich dem Staatszweck und der wahren Einheit des Staats geschadet werde, liegt am Tage; und damit der Ungrund der Ansicht des Senats hiervon, und das Unpassende seiner allgemeinen politischen Ideen zu dieser Sache.

Wider 5.) Endlich hegen zwar die Diaconen und der
 §. 50. u. Verfasser vor der allgemeinen Vermuthung, daß
 51. d. B. eine Obrigkeit legal verfare, die ihr gebührende Ehrfurcht; und es wäre sehr zu wünschen, daß das Verfahren des Senats hierzu Stoff enthalten hätte. Allein dem ist leider nicht also; und die Eingriffe des Senats in die wohlerworbene Rechte der Domgemeinde, wie begründet wurde, lassen jener allgemeinen Präsumtion hier keinen Raum, keine Anwendbarkeit. Auch würde sie, wenn die Domgemeinde, gekränckt durch die Verletzung ihrer Gerechtsame, dem St. Petri Waiseninstitut ihre reichliche Milde künftig entzöge, gewifs keine neue Nahrungsquelle für dasselbe seyn.

§. 17.

Die nunmehr aufs neue deducirte Begründung der Gerechtsame der Domgemeinde auf das fernere

ungestörte Bestehen der Privatinspection und Verwaltung des St. Petri Waisenhauses steht so fest und gegen jeden Einwurf des Senats so vollkommen gerechtfertigt, daß sie einer weiteren Unterstützung gar nicht bedarf. Es genügt daher hier nur anzudeuten, wie auch aus §. 1. im Artikel 7. des Westphälischen Friedens eine zweyte, für sich feststehende Begründung deducirt werden kann.

Daß der Senat, welcher sich selbst durch Wahl ergänzt, schon seit 113 Jahren nur aus *reformirten* Mitgliedern bestand, gegenwärtig nur ein einziges lutherisches Mitglied in seine Mitte aufgenommen hat (51), daher in *Wahrheit* und der *Wirkung nach*, worauf es allein ankommen kann, als eine *reformirte Obrigkeit* zu betrachten ist; daß mithin das S. Petri Waisenhaus, ein *evangelisch-lutherisches* Institut der Domgemeinde, und bloß für die armen Waisen der Domgemeinde errichtet, unter eine *reformirte* Obrigkeit gekommen ist; also, nach dem wahren Sinn des Art. 7. §. 1. d. W. Fr. und §. 63. des jüngsten Reichsschlusses, eine besondere und vollkommene *Sicherung*

L 2

(51) Und hiervon lassen sich selbst besondere *politische* Gründe angeben.

vor jedem Präjudiz erfordert (52); dafs diese Sicherung am besten realisirt wird, wenn die werckthätige Privatinspection und Verwaltung des St. Petri Waisenhauses, der landeshoheitlichen Oberaufsicht des Senats unbeschadet, in den Händen der Domprediger und lutherischen Diaconen, ganz wie bisher, verbleibt und geschützt wird; dies sind die durchgreifenden Hauptmomente, worauf diese zweite Begründung ruht.

Wider — Dagegen zeigt sich alles, was der Senat in den
 §. 14. Paragraphen 14, 17, 47. lit. a. und in §. 37. d. B.
 17. 47. wider diese reichsgesetzliche Sicherung vorbringt,
 a., u. §. als oberflächlich und irrelevant. —
 37.d.B.

§. 18.

Die *resultirende Lage* des S. Petri Waisenhauses *bey Veränderung seiner Landeshoheit durch den jüngsten Reichsschluss*, wie sie im §. 25. und 26. des „Ueberblicks etc.“ dargestellt wurde, steht nun mit neuer Kraft fest.

§. 16. — Hierdurch erhalten die Paragraphen 16. u. 17.
 17.d.B. des Berichts — so weit ihr Inhalt zu dieser Sache gehört; denn auf den Vorgang der Uebertragung der Kirchengüter u. s. w. zu antworten, ist hier

(52) M. s. §. 48. n. 2. §. 49. des „Ueberblicks etc.“ und erinnere sich der Aeufserung des Senats im §. 30. lit. f. d. B. (§. 8. oben).

nicht der Ort — ihre nähere Bedeutung und Bestimmung. —

Neuerungen des Senats.

§. 19.

Die vom Senat intendirten Neuerungen, und Eingriffe in die Gerechtsame der Domgemeinde, und die Memoriale der Diaconen dagegen, *so weit sie das St. Petri Waisenhaus betreffen*, sind in den §§. 28. bis 35. des „Ueberblicks etc.“ treu und mit den nöthigen Belegen vorgetragen, worauf man sich daher lediglich beziehen kann.

— Der Senat that in den §§. 18. bis 21. des Berichts keine factische Unrichtigkeit dar, und es ist also dadurch auch der Inhalt dieser Paragraphen d. B., in so fern er zu dieser Sache gehört, erledigt und genau bestimmt. —

Wider
§. 18 —
21. d. B.

P r o c e s s.

§. 20.

Die *Legitimation zur Sache* von Seiten der *Diaconen*, als Vorsteher und Stellvertreter der Domgemeinde, kann nach den im „Ueberblick“ und hier dargelegten Thatsachen (§. 11.), ohnmöglich noch einem Zweifel unterliegen. Da nun die Rechte der Domgemeinde auf die Privatinspection

und Verwaltung des S. Petri Waisenhauses, und deren Fortdauer in statu quo, begründet sind, so kömmt es auch nur den Diaconen zu, dieselben zu vertheidigen, und um Schutz beym höchstpreislichen Reichskammergerichte anzurufen, nicht den Dompredigern, welche dabey ganz ruhig bleiben können.

Wider — Es fällt also die Ansicht des Senats hierüber, §. 30. b. im §. 30. lit. b. und §. 31. a. E. des Berichts, als §. 31. d. ungegründet weg. — B.

§. 21.

In Hinsicht der *Appellation* der Diaconen bezieht man sich auf §. 36. bis 38. des „Ueberblicks.“ Das Daseyn ihrer Requisite erhellet klar aus Folgendem.

1.) Eine *Rechtskraft* ist bey den Beschlüssen des Senats, wegen ihrer Einseitigkeit, nicht denckbar.

2.) Die *Formalien* der Appellation sind völlig in Richtigkeit. Denn die Diaconen interponirten sie gehörig in ihrem Memorial vom 7. März 1803 (53), requirirten Acten, und erboten sich zu den Solennien. Dies war hinreichend; um Aposteln brauchten sie nicht zu bitten:

K. G. O. 1555 Th, 2. Tit. 30. §. 1.

(C. d. K. G. O. Th. 2. Tit. 33. pr.)

(53) Anl. II. zur Prorogations-Supplick.

Ob nun der Senat sein Conclusum vom 16. März 1803, worinn es doch heisst:

„dass E. H. Rath über die Appellation zu urtheilen der höchsten Behörde, wohin diese Angelegenheit gelangen möchte, — — ruhig überlassen könne.“

nur Apostolos refutatorios nennen will, darauf kommt natürlich nichts an. Eben so wenig konnten die Diaconen den Senat, da sie sich zur Prästation der Solennien erboten hatten, dazu zwingen, dass er sie wirklich dazu lasse. Zum Ueberflus haben sie sich aber auch nochmals, beym höchstpreislichen Reichskammergerichte zu deren Leistung erboten.

Diese Appellation muss daher, auch als Extrajudicialappellation, vollen *Suspensiveeffect* haben:

c. 8. de appellation. in 6to.

Hierbey tritt noch zu, dass im *entgegengesetzten* Falle, weil der ständige Fonds zur Erhaltung des S. Petri Waisenhauses bey weitem nicht zureicht, ein *damnum irreparabile* entstehen könnte.

3.) Die *reichsgerichtliche Gerichtsbarkeit* ist begründet. Denn der Streitgegenstand dieser Sache sind *wohlerworbene Privatrechte*, welche der Senat durch widerrechtliche Ausdehnung seiner obrigkeitlichen Gewalt kränken will. Sie ist also eine *wahre Justizsache*; keine Regierungssache, keine Polizeysache, keine geistliche Sache, viel-

weniger eine Sache, die unter die letzteren drey Rubricken zusammenpafste, wie der Senat meint. Daher verordnet der J. R. A. von 1654. §. 106. besonders für diese Sache nicht die Inappellabilität; und die Wahlcapitulation art. 1. §. 8. spricht nicht für den Senat, sondern sogar *wider* ihn (54).

Auch ist der Senat dem höchstpreislichen Reichskammergericht unmittelbar unterworfen, und hat *keine Austräge*; weswegen der J. R. A. von 1654 §. 94. 95. und das Conc. d. K. G. O. Th. 2. Tit. 31. §. 16. folg. hier keine Anwendung finden kann.

Wider — Hierdurch sind alle Einwürfe im §. 27. des §. 27. Berichts, als ungegründet erledigt. —
d. B.

Beschwerden der Diaconen und ihre
Rechtfertigung.

§. 22.

Durch die hier aufs neue vorgelegte Begründung der Gerechtsame der Domgemeinde am S. Petri Waisenhouse, und die Widerlegung aller Einwürfe des Senats dagegen, behalten auch die im §. 39. bis 46. des „Ueberblicks“ aufgestellte und gerechtfertigte Beschwerden, mit neuer Kraft, ihren festen Grund.

(54) M. s. §. 48. n. 1. des „Ueberblicks.“

— Der Senat hat in seinem Bericht nicht allein nicht erklärt, daß er die Beschwerden der Diaconen heben wolle; er hat sogar seine Anmaßungen noch deutlicher zu erkennen gegeben.

Ad grav. I. Durch die widerrechtliche Gleich- Wider
stellung der Inspection der Domprediger mit der §. 31.
Einwirkung der reformirten Prediger bey den re- d. B.
formirten Waisenhäusern, erklärte nun der Senat deutlich, wie er es im Concl. vom 28. Febr. 1803 mit der „herkömmlichen“ Inspection gemeint habe, nämlich: daß er sich selbst das Recht der werckthätigen Inspection oder Privatinspection anmaßsen will.

Um so mehr Grund also: zur *ersten* Beschwerde und zu einer höchstrichterlichen Sicherung des Rechts der Domgemeinde auf die Privatinspection und deren Fortdauer in statu quo, sofort zur Aufhebung der vom Senat angemafsten und angeordneten Inspection.

Ad grav. II. Der Senat hegt noch immer die §. 35.
Gesinnung, die ehrwürdige collegialische Ver- 10.d.B.
bindung der fungirenden und alten Diaconen, somit auch die dem Waiseninstitut so nützliche Function der alten Diaconen, welche sich nur in jener Verbindung förmlich und mit Wirkung äußern, und für die Zukunft erhalten kann, gänzlich zu vernichten und aufzuheben. In Rück-

sicht der zweyten Beschwerde bleibt daher ebenfalls der reichsgerichtliche Schutz höchst nothwendig.

Wider
§. 39. 6.
d. B.

Ad grav. III. Die Angabe im §. 39. 6. des Berichts, daß „nach dem Bremischen Localsprachgebrauch, die von der obrigkeitlichen Aufsicht gebräuchliche Ausdrücke Oberinspection und Inspection bloß *nominal* seyen, und keinesweges eine gedoppelte Inspection bedeuten,“ kann dem Senat nichts frommen. Denn da nach dem individuellen Rechtsverhältnisse des S. Petri Waisenhauses die Inspection oder Privatinspection von der landeshoheitlichen Obergufsicht durchaus verschieden und getrennt bleiben muß, so ist dies ein ganz verwirrender Sprachgebrauch. Dem Senat kommt nur die Obergufsicht zu, und indem jener, schon in sich unrichtige, Sprachgebrauch zu Eingriffen in die Inspection, welche dem Senat nicht gebührt, Veranlassung geben könnte, so darf er schon deswegen nicht Statt haben.

Allein er fällt auch von selbst weg, indem der Senat, wie bewiesen wurde, der rechtlich bestehenden Verfassung des S. Petri Waisenhauses gemäß, auf jeden Fall nur Einen Oberinspector anordnen darf.

Somit erwartet auch die dritte Beschwerde noch die höchsttrichterliche Erledigung. —

R e s u l t a t.

§. 23.

Mit der Begründung der Beschwerden behält Wider auch das Resultat im §. 47. des „Ueberblicks etc.“ §. 45. u. sein festes Bestehen; und es wird dadurch der §. 56. d. B. auf seinen wahren Grund und seine wahre Bedeutung zurückgeführt, und das Resultat im §. 56. des Berichts, als auf unrichtige, ungegründete Vordersätze gebauet, wie bewiesen wurde, fällt zusammen.

Hierbey verdient der Umstand einer besonderer oberstrichterlichen Rücksicht, daß der Hauptunterhaltungs-Fonds des S. Petri Waisenhauses kein ständiger ist, sondern von der Domgemeinde jährlich aus ihrem Privatvermögen zusammengetragen wird; daß er also von der augenblicklichen Milde der Domgemeinde abhängt. Wenn sie nun diese Sache in einen langwierigen und kostspieligen reichsgerichtlichen Appellations-Proceß verwickelt sähe, so könnte diese Nahrungsquelle sich vermindern; wodurch ein unersetzlicher Schade für die armen Waisenkinder, sofort indirect auch für den Staat entstünde. Zugleich ist die historische Lage der Sache ausgemacht, und bey der Klarheit des Rechts konnte der Senat im Bericht seine intendirten Eingriffe in die Privatinspection und Verwaltung auf keine Weise justi-

ficiren. So treten die vier Fälle, wovon jeder einzelne schon den Mandatsweg begründet, hier ein:

K. G. O. 1555 Th. 2. Tit. 23. pr.

(C. d. K. G. O. Th. 2. Tit. 25. pr.)

Hierdurch rechtfertigt sich zur Genüge die von Seiten der Diaconen — neben den eventuell gebetenen Appellationsprocessen — gestellte Bitte, um ein mandatum de tollendo inspectionem a Senatu in Orphanotropheum S. Petri usurpatam, et de nil via facti innovando, sed conservando statu quo constitutionis, hinc de nullo modo turbando nec pastores in ecclesia cathedrali constitutos in exercenda uti antea inspectione, nec collegium diaconorum veterum ac fungentium venerandum, neque excedendo supremae inspectionis territorialis fines illis functionibus determinatos, exercendoque eam per unicum tantum inspectorem superiorem, uti et de resarciendis omnibus damnis ac expensis S. C. annexa citatione solita.

Abfertigung einiger persönlichen Angriffe
im Bericht.

§. 24.

Wider

§. 42. 4.

d. B.

1.) Der Senat wirft den Diaconen, im §. 42. n. 4. des Berichts vor: ihr Versprechen — in der

Schenkungsurkunde von 1783 (55): „dafs sie die Exemption des Platzes (des Waisenhauses) von der Jurisdiction und *allen* übrigen *Anmassungen* des Senats aufrecht erhalten wollten,“ — sey mit ihren Bürgerpflichten nicht vereinbarlich. Allein dies Versprechen enthält nur allein, was sich schon rechtlich von selbst verstand. Denn es gehört keineswegs zum Staatszweck, dessen Bestes die Diaconen, vermöge ihrer Bürgerpflichten, mitbefördern sollen und wollen: dafs der Senat sich Befugnisse anmasse, die ihm von Rechtswegen nicht gebühren; sondern jeder, dessen Gerechtsame dadurch verletzt werden, auch der Bürger, kann dagegen auftreten und sie aufrecht erhalten. Wie sollte es also, wenn er dies für sich und andere auch ausdrücklich verspricht, gegen seine Bürgerpflichten seyn? Ja, es müfste sonst eine unmittelbare Folge davon seyn, dafs auch das gegenwärtige Auftreten der Diaconen gegen den Senat vor dem höchsten Reichsgerichte für eine Verletzung ihrer Bürgerpflichten gehalten würde, weil in diesem Auftreten eine Erfüllung jenes Versprechens liegt. Wie grundlos aber eine solche Ansicht ist, ergiebt sich von selbst; und daraus auch unmittelbar der Ungrund des Vorwurfs des Senats.

(55) M. s. §. 12. des „Ueberblicks“ und Anl. E. zum Gravatorial-Libell.

Die damit verbundene irrigte Idee eines Status in statu, welche hiermit ebenfalls verschwindet, hat auch schon oben, in §. 16. n. 3., ihre Beleuchtung von einer andern Seite erhalten.

Wider 2.) Im §. 48. d. B. macht der Senat den Diaconen noch den Vorwurf: daß in ihren beym Kaiserlichen Reichskammergerichte übergebenen Vorstellungen ungeziemende Ausdrücke vorkämen. Allein alle von ihm genauer angezogenen Stellen beweisen blos, daß nicht die Diaconen, sondern ihr Vertheidiger und Anwalt, die rechtswidrigen Vorgänge, welche der Senat selbst veranlaßte, nur zur Darstellung ihrer *wahren Gestalt*, ohne Umschweife und *treffend* bezeichneten; und dies war doch wohl ihre Schuldigkeit, kann ihnen also ohnmöglich verargt werden.

§. 25.

§. 49. Der Senat äußert ferner, im §. 49. d. B.: „der d. B. „*oft erwähnte Ueberblick und Gesichtspunct etc.*“ „*habe eine offenbar revolutionäre Tendenz; er* „*der Senat, würde sie, wie andere Schmähschriften mit großmüthiger Verachtung unberührt* „*lassen u. s. w.*“

Gegen diese von keiner ruhigen Ueberlegung zeugenden Vorwürfe, antwortet der Verfasser zu seiner Rechtfertigung mit aller Ruhe.

1.) Der Senat scheint vergessen zu haben, daß

er vor dem höchsten Reichsgerichte offenbar nur als Parthey erschien, und so, in dieser Eigenschaft, dem Verfasser, als Mitvertheidiger der Diaconen gegenüber stand, und noch gegenüber steht.

2.) Der Verfasser hegt gegen den Senat, wenn er *als Obrigkeit* handelt, und *Recht thut*, eben so grofse Ehrfurcht, wie gegen jede Obrigkeit, die als solche ihre Pflicht erfüllt; er darf glauben von dieser Seite dem höchstpreislichen Reichskammergerichte bekannt zu seyn.

Allein der Verfasser hat auch, vermöge seines diesem höchsten Tribunale geleisteten Eides (56), im Gegenfalle die strengste Verbindlichkeit auf sich, seine Clienten gegen Eingriffe des Unrechts, gegen widerrechtliche Ausdehnungen der obrigkeitlichen Gewalt, in dieser Sache also die Diaconen wider den Senat, als Parthey, vor diesem höchsten Reichsgerichte mit aller Anstrengung zu vertheidigen; es ist des Verfassers strengste Pflicht, die historischen Vorgänge und das Recht, die *Sache* und *Wahrheit* so treffend und kräftig, als der Gegenstand erlaubt, darzustellen und zu bezeichnen.

Nur diese Pflicht erfüllte er im erwähnten „Ueberblick,“ und, er darf glauben, in keinem unedlen Stile.

(56) K. G. O. Th. 1. Tit. 64.

(C. d. K. G. O. Th. 1. Tit. 66.)

Wie unrechtlich mußs dagegen des Senats Mißdeutung dieser reinen, gesetzlichen Absicht des Verfassers, vor dem ruhigen Auge des Unbefangenen stehen.

Denn *erstlich*, erfordert der Begriff einer *Schmähschrift*: *Anonymität* ihres Verfassers, und Vorwurf eines *begangenen Verbrechens*:

L. un. C. de famosis libellis.

(L. 1. 4. 7. 9. Cod. Theodos. de injur.)

C. C. C. art. 110.

Nun hat sich aber der Verfasser auf dem Titel jener Druckschrift *genannt*, und *in ihr* ist von *keinem Verbrechen*, sondern lediglich von unrechtlicher Ausdehnung der obrigkeitlichen Gewalt die Rede. Sie in die Classe von Schmähschriften zu setzen, verräth also gänzliche Unkenntniß des rechtlichen Begriffs einer Schmähschrift.

Ferner hat der Verfasser von einer durch jene Druckschrift bewirckten Revolution in Bremen bis jetzt nicht das geringste vernommen. Das Ungegründete, Aengstliche, in ihr eine revolutionäre Tendenz zu finden, sie einer solchen Wirkung fähig zu halten, leuchtet auch schon daraus aufs klarste hervor, daß man *mit* und *in ihr* selbst den gesetzlichsten Weg gegangen ist: *mit ihr*, indem man sie dem höchstpreislichen Reichskammergerichte, als Theil der Acten, vorlegte; *in ihr*, indem man gegen alle Neuerung anstrebte.

Die Vorwürfe des Senats laboriren daher am Mangel rechtlicher Begründung und Realität, treffen durchaus nicht, und stellen sich deswegen durch ihre gegen den Verfasser gerichtete, sogar *Verbrechen* zum Gegenstande habende, Beschuldigungen, selbst als eine gesetzwidrige Schmähung dar. Doch weil der Verfasser wohl der Ueberzeugung vertrauen darf, dem höchstpreislichen Reichskammergerichte als ein Mann bekannt zu seyn, der, schon seinem Charackter nach, sich nie erlauben wird: „Schmähschriften und offenbar revolutionäre Schriften zu schreiben, blos seinem Kitzel und seinen Leidenschaften freien Spielraum zu lassen u. s. w.,“ weil diese unrechtliche Vorwürfe des Senats ihn so ganz und gar nicht treffen; so findet sich auch der Verfasser durch diese Rechtfertigung, wegen seiner Ehre, die durch solchen Ungrund nicht verletzt werden konnte, so sehr beruhigt, daß er wirklich Ursache hat, darüber grösmüthig hinwegzusehen, und nicht einmal um eine, ihm wohl rechtlich gebührende, *Privatsatisfaction* ansucht.

Daß aber der Senat sich nicht scheute, solche Verbrechen vorwerfende Beschuldigungen vor dem höchsten Reichsgerichte vorzubringen, und Höchstdasselbe noch überdies, nachdem jene Druckschrift schon oberstrichterlich geprüft war, „darauf aufmerksam machen“ zu wollen — ge-

hört natürlich der Sphäre der oberstrichterlichen öffentlichen Ahndung.

3.) Uebrigens sind die Diaconen und der Verfasser ebenfalls überzeugt, daß die Sache der Wahrheit und des *Rechts* bald, der Sonne gleich, jeden Nebel zerstreuen werde. Ob aber die Ueberzeugung des Senats, oder die diesseitige gegründeter und klärer sey, darüber erwartet man gern die höchstrichterliche Entscheidung.

S c h l u ß.

§. 26.

Nurmehr sind alle Einwürfe des, mit Wiederholungen und vielen hierher nicht gehörigen Gegenständen angefüllten, Berichts, so weit sie zu dieser Sache gehörten, in ihrem wahren Wesen dargelegt, und haben so ihre klare Beleuchtung und Widerlegung erhalten. Auch ist hierdurch der Beweis der Richtigkeit des im §. 1. festgestellten Gesichtspuncts zur Beurtheilung des Berichts geführt.

Die Diaconen dürfen daher wohl der Hofnung vertrauen, daß der Domgemeine Gerechtsame, in Hinsicht ihres S. Petri Waisenhauses, durch höchstrichterlichen Schutz für alle Zukunft gesichert werden (§. 23.); damit diese milde Waisenstiftung nicht ähnlich werde dem Stamme, welcher, von seiner Rinde entblöst, den Saft, seine Nahrungsquelle verliert, so verdorret, abstirbt.

n
er-
ter
ch,
Je-
ge-
man

eder
n Ge
ie z
n dar
g un
er Be
n Ge
führ
nun
same
durch
gesi-
isen-
wel-
eine
irbt.

Dietz, Friedrich

Übersicht zum Gegenbericht in Sachen sämtlicher Diakonen der Lutherischen
Domgemeinde zu Bremen ... wider den Senat

Wetzlar 1805

Ded. 15 n

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10397482-5